

das info aus dem orbit

ausgabe 160 januar/februar

»Wenn in der Nachbarschaft drei etwas seltsam aussehende Menschen eingezogen sind, die sich nie blicken lassen und die nur Bayrisch oder eine andere Fremdsprache sprechen, die wir nicht verstehen«, solle man besser die Behörden informieren, rät der Blaue Klaus



Hallo zusammen,

es lässt sich leider nicht anders sagen, aber ihr ward dieses mal eher schreibfaul. Uns haben nur wenige Zuschriften erreicht. Woran lag's? Passiert ist ja genug. Erst kam der Castor, dann war hier die Innenministerkonferenz und ein neuer Wagenplatz sucht für sich derzeit auch eine endgültige Bleibe. Die Situation der Flora ist weiterhin prekär um so schöner zu wissen dass es mit der Festspielwoche und der Erklärung "Ich würd's so lassen!" eine breite Solidarität für den Erhalt des Projektes gibt. Ärgerlich ist hingegen die TAZ die mit ihren Artikeln zu den Festspielwochen und dem Auftritt von Jan Delay die Flora sowohl nach innen als auch nach außen diskreditiert. Zum einen zitiert sie einen "anonymen Rotfloristen" der die alte Leier von denen "da oben - die alle nach ihrer Nase tanzen lassen" herunterbetet. Wir hoffen sehr dass eine solch arme Leuchte nur im Kopf der Redakteur_innen existiert und nicht real ist, sonst gibt es da wohl einigen Rede- und Klärungsbedarf. Zum anderen wird suggeriert dass sich die Flora von "Recht-auf-Stadt"-Bündnis distanziert.....woher die wohl immer solche Unsinn nehmen - Winterloch, oder was? Egal, wir freuen uns wie gesagt über die bis jetzt bekundete Solidarität und hoffen auf noch viel mehr davon! ;) Und außerdem leben totgesagte ja sowieso länger!

Ansonsten sind unsere Geldbeutel immer noch total leer und das Projekt hangelt sich von Ausgabe zu Ausgabe. Also wenn ihr mal wieder ein bisschen Zeit habt, dann organisiert doch mal wieder ein Soli für die ZECK, das würde uns die Arbeit wesentlich erleichtern.

Jetzt bleibt noch uns allen ein Revolutionäres 2011 zu wünschen, wir sehen uns dann alle wieder im nächsten Jahr! Laßt es krachen!

Zeck





Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!).

Eigendruck im Se bstver ag.

"Silvester zum Knast"

Freiheit für Alle! Für eine Welt ohne Knäste und Grenzen!

Die sozialen Angriffe auf unser aller Leben nehmen weiter zu. Immer größere Teile der Bevölkerung werden ihrer Lebensgrundlagen durch Kürzungen im Sozialbereich und Gesundheitswesen mit gleichzeitigen befristeten Niedrigstlohnbeschäftigungen beraubt. Während Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, nehmen staatlich organisierte Eingriffe in unser Leben ständig zu.

Ein Großteil der Gefangenen, welche diese Gesellschaft hervorbringt, ist weggesperrt hinter Mauern, weil sie aus sozialen Aspekten heraus vorhandene Gesetze dieses Staates außer Acht ließen. Gefangene stellen eine logische Konsequenz des kapitalistischen Systems dar.

Knast ist Gewalt und Isolation. Knast ist totale Fremdbestimmung.

Knast ist die letzte Stufe der staatlichen Repression, welche die herrschende Gesellschaft und Ordnung basierend auf Unterdrücken und Unterdrückt werden, aufrecht erhält.

Als Menschen mit emanzipatorischen Ausrichtungen muss es unser Anspruch sein, Konflikte nicht wegzusperren oder wegzuschieben, sondern Ansätze jenseits von Zwang und Unterdrückung zu finden.

Dieses Jahr fanden mindestens zwei Menschen den Tod in Hamburger Knästen. Am 7. März wurde David erhängt im Gefängniskrankenhaus aufgefunden. Er kam aus Georgien und hatte in Deutschland Asyl beantragt, was abgelehnt wurde. Er saß seit Februar in Abschiebehaft und war schon seit geraumer Zeit in den Hungerstreik getreten. Am 16.04. fand Yeni den Tod. Auch sie versuchte nach Deutschland einzureisen und hier zu leben. Dies sind zwei Beispiele dafür wie das Einsperren Leben zerstört und wie dieser Staat sich seiner Konflikte entledigt.

Wir wollen uns mit den selbstorganisierten Kämpfen der Migrant_innen gegen die rassistischen Zustände solidarisieren. Es werden Grenzen überwunden ,um Krieg und politischer Verfolgung zu entgehen oder sich ein besseres Leben zu ermöglichen und in dieser globalisierten Welt am (europäischen) Wohlstand teilzuhaben. In diesem Zusammenhang wird sichtbar, wie Privilegien, Herrschaftsverhältnisse, etc. zementiert werden. Individuen, die aus unterschiedlichen Gründen unglaubliche Wege zurücklegen, landen in diesem und anderen Staaten in sogenannten Sammellagern und/oder Abschiebeknästen.

An Tagen wie Silvester, wo viele Menschen, die draussen sind zusammenkommen, feiern und den Alltag unterbrechen, kann Knast für Menschen, die drinnen sind, noch mehr Einsamkeit und Isolation bedeuten. Freundinnen, Freunde, Bekannte und Familie sind an diesen Tagen oft noch weiter weg als ohnehin schon im tristen Knastalltag.

Die Gründe in dieser Gesellschaft im Knast zu landen, sind zahlreich. Ebenso wie die Gründe gegen dieses System Position zu beziehen, Kritik an der herrschenden Ordnung zu üben. Solidarität mit allen Menschen in den Knästen und draussen, die sich mit uns im Kampf gegen Kapitalismus, Staat und jede Unterdrückung befinden.

Freiheit für alle Gefangenen. Für eine herrschaftsfreie Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung! Für eine Welt ohne Knäste und Grenzen!

31.12.2010 - 22:30 Uhr U-Feldstr.
Demo zum Knast
23:30 Uhr Kundgebung vorm Knast Holstenglacis (U-Messehallen)

****

Protest gegen Durchsuchungen linker Buchhandlungen, Presseerklärung

von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt ist es in den letzten Monaten zu einer Welle von Durchsuchungen linker Buchhandlungen in Berlingekommen, die in der jüngeren Geschichte beispiellos ist. Allein in diesem Jahr fanden sechs Mal Razzien gegen engagierte Läden in Berlin statt. Es drängt sich geradezu auf, diese präventiven Repressionsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Neuaufschwung sozialer Protestbewegungen zu sehen - so z.B. gegen Gentrifizierungsprozesse, die Mietraum unerschwinglich machen, gegen Castortransporte und den regierungsamtlichen Kotau vor der Energiemafia, gegen unsinnige Großprojekte wie Stuttgart 21 oder die Hamburger Elbphilharmonie, gegen Sozialabbau und zunehmende Verarmung.

Linke Gegenöffentlichkeit war immer Voraussetzung und unentbehrlicher Bestandteil sozialer Protestbewegungen. Die Geschichte der Versuche, sie durch Durchsuchungen, Razzien und Strafverfahren einzuschüchtern, zu drangsalieren und letztlich zu kriminalisieren, ist ebenso lang wie unrühmlich. Vorverlagerung des Staatsschutzes nannte man dies früher.

Wir, die Verlage der "Linke Literatur Messe Nürnberg" protestieren aufs schärfste gegen die jüngsten Repressionsmaßnahmen gegen linke Buchhandlungen in Berlin und solidarisieren uns ausdrücklich mit den Betroffenen.

Namentlich: Pahl-Rugenstein Verlag (Bonn), Schmetterling Verlag (Stuttgart), Literaturvertrieb der Roten Hilfe (Kiel), Jump up Schallplattenversand (Berlin), Libresso (Nürnberg), Rotes Antiquariat (Berlin), Antiquariat Walter Markov (Bonn), Metroproletan Archiv und Bibliothek (Nürnberg), LAIKA-Verlag (Hamburg), Modernes Antiquariat Eine Welt (Madeburg), PapyRossa Verlag (Köln), Assoziation A (Berlin/Hamburg), Zambon Verlag (Frankfurt), Neuer ISP Verlag (Karlsruhe), Trotzdem Verlagsgenossenschaft (Grafenau/Frankfurt), Verlag 8. Mai GmbH/Tageszeitung Junge Welt (Berlin), Edition AV (Lich), Neues Deutschland Druckerei- und Verlag GmbH (Berlin), Dagyleli Verlag (Berlin), Alibri Verlag (Aschaffenburg), Kulturmaschinen Verlag (Berlin).

Wir fordern die kritische Öffentlichkeit auf, sich diesem Protest anzuschließen.

****

Berlin: Gegenkongreß zum 14. Europäischen Polizeikongreß

Die Europäische Union: Analysieren, kritisieren, demontieren

Ein beträchtlicher Teil aller legislativen politischen Entscheidungen wird mittlerweile über den Umweg der Europäischen Union getroffen. Zu erwartender Widerstand in den 27 Mitgliedsstaaten wird durch dieses “Policy Laundering?” ausgebremst, während weiterhin die zahlungskräftigeren Regierungen den Kurs dominieren. Gleichzeitig erweitern sich die Kompetenzen der EU durch eigene Strukturen, die entweder grenzüberschreitende Aktivitäten koordinieren oder Projekte unter eigener Regie vorantreiben. Besonders spürbar ist diese Politik im Bereich europäischer “Homeland Defence” und ihrer Versicherheitlichung, Militarisierung und "Gendarmeriesierung" sozialer Phänomene.

Die Entwicklung der EU geht jedoch nicht mit einer gesteigerten Aufmerksamkeit, etwa auf Seiten der Sozialen Bewegungen, einher. Auch die radikale Linke, sonst nie um eine Staatskritik verlegen, bleibt sprachlos.

Eine Erklärung hierfür wäre, dass die EU als politisches Projekt in ihrer Vielfalt und dem ständigen Wandel schwer zu analysieren und zu fassen ist. Der Zusammenhang etwa zwischen Gesetzesänderungen im eigenen Land und einer dafür ursächlichen Richtlinie aus Brüssel ist kaum oder erst spät präsent ? zu spät, um dagegen auf die Barrikaden zu gehen. Möglich ebenso, dass dem transnationalen Charakter der EU eine zu wenig über Staatsgrenzen hinaus vernetzte Linke gegenübersteht. Dabei stellt sich auch die Frage nach Ort und Adressat von Widerstand. Wo kann beispielsweise gegen

die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung Druck ausgeübt werden, wenn nicht in Brüssel oder vor nationalen Gerichten?
Wir wollen eine fundierte EU-Kritik vorbringen und der Frage nachgehen, wie sich die Europäische Union in den letzten Jahren entwickelt hat und welche konkreten Auswirkungen, beispielsweise mit dem Lissabon-Vertrag, erfahrbar werden. Deshalb organisieren wir im Januar in Berlin den Kongress "Die Europäische Union: Analysieren, kritisieren, demontieren.".
Unser besonderes Interesse gilt den Konsequenzen für die radikale Linke. Wir wollen einerseits eine fundierte theoretische Auseinandersetzung mit der EU und ihren Institutionen führen, und andererseits die konkreten Auswirkungen ihrer Politik exemplarisch aufzeigen.
Der Kongress versteht sich als Gegenveranstaltung zum "Europäischen Polizeikongress", der Mitte Februar wieder in Berlin stattfinden soll. Dort wollen sich zum 14. Mal europäische Polizeien mit Geheimdiensten, Militärs, Vertretern der "Sicherheits"- und Rüstungsindustrie und Wissenschaftlern treffen. Die Werbeveranstaltung für die polizeitechnische Antwort auf soziale Probleme wird finanziert von Unternehmen, die dafür mit Redezeit und Merchandising für ihre Produkte belohnt werden.
Inhaltlich wollen wir mit dem Kongress zwei Stränge beleuchten:
- Zum einen befassen wir uns auf theoretischer Ebene mit der Europäischen Union. Wer sind ihre Akteure, wo liegen Ansatzpunkte für eine Staatskritik? Welche Bedeutung hat die Politik der EU für die Mitgliedsstaaten und die anderen Länder Europas? Dabei wollen wir sozio-ökonomische Aspekte ebenso berücksichtigten wie politische und juristische.
- Ein zweiter Strang illustriert exemplarisch einige Auswirkungen der EU-Politiken im Bereich von "Homeland Defence". Ob grenzüberschreitende Zusammenarbeit von ?Sicherheitsbehörden?, Migrationskontrolle, EU-weiter polizeilicher Informationsaustausch mittels vernetzter Datenbanken, Forschung zur technischen Handhabung abweichenden Verhaltens mit digitaler Aufrüstung, Drohnen oder Satelliten: Beispiele für die allgegenwärtige Sicherheitsarchitektur gibt es genug.
Beide Themen sollen gleichermaßen Raum bekommen und auf mehrere Phasen in zwei parallelen Workshopschienen verteilt werden. Neben einer Menge Input gibt es auch ausreichend Raum für Diskussionen und Vernetzung. Eine Podiumsdiskussion, ein Zwischen- und ein Abschlussplenum stehen ebenfalls auf dem Programm.

Der Kongress findet vom 28. - 30. Januar 2011 statt. Wir stellen unsere Veranstaltung damit in den Gesamtkontext des Widerstands gegen den 14. Polizeikongress, der nach dem Wunsch vieler letztes Mal an der Mobilisierung Beteiligter breiter, inhaltlicher und grenzüberschreitender werden soll.

Zeit, die Europäische Union zu demontieren: Theoretisch und praktisch.
Kongress vom 28. - 30.01.2011 in Berlin SFE (Schule für Erwachsenenbildung) im Mehringhof

Out of Control Berlin Veranstaltungsort: SFE (Schule für Erwachsenenbildung) im Mehringhof, Berlin

****

2011 - Blockieren bis der Naziaufmarsch Geschichte ist!

Nazifrei - Dresden stellt sich quer!
2010 ist es uns erstmalig gelungen, Europas größten Naziaufmarsch durch Massenblokkaden zu verhindern. Grundlage unseres Erfolges war die Spektren übergreifende Zusammenarbeit zwischen Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen. Mit unserer klaren Ankündigung, den Naziaufmarsch durch Blockaden zu stoppen, haben wir gemeinsam den Raum des symbolischen Protestes verlassen. Die Entschlossenheit tausender Menschen, sich mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams den Nazis in den Weg zu stellen, machten die Blockaden zu einem Erfolg.

Für 2011 haben die Nazis angekündigt, mehrere Veranstaltungen zum Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden durchzuführen. Seit Jahren versuchen die Nazis die Bombardierung Dresdens für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und an bestehende Mythen und die Gedenkkultur anzuknüpfen. Wir werden nicht akzeptieren, dass die Nazis die Geschichte verdrehen und die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus verhöhnen. Wir lehnen jede Leugnung und Relativierung der deutschen Schuld an Vernichtungskrieg und Holocaust ab.
Wir sind uns bewusst, dass sich die Nazis ihr Großereignis nicht einfach nehmen lassen. Deshalb werden wir uns auch 2011 wieder den Nazis durch Aktionen des zivilen Ungehorsams mit Massenblockaden entgegen stellen. Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.
Wir werden uns weiterhin bei Versuchen der Kriminalisierung solidarisch zueinander verhalten. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, antifaschistischen Protest als "extremistisch" zu bezeichnen.
2011 werden wir den Naziaufmarsch gemeinsam blockieren - bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Dresden-natifrei-Bündnis





Ich würd's so lassen! Die Flora-Bleibt-Festspielwoche.

Welcome to Hamburg, Metropole, in der "Visionäre zwischen Bürgerlichkeit und Rebellion" für eine "Stadtentwicklung der Superlative" sorgen. In der "Grenzfälle des Machbaren häufig nur durch visionäre Einzelgänger ermöglicht" werden. Bullshit? Aber so steht es geschrieben. Mit diesen Worten schickte die Freie und Hansestadt den Immobilienspekulanten Klausmartin Kretschmer im vergangenen Jahr zur Architektur-Biennale nach São Paulo. Gemeinsam mit dem Elbphilharmonie-Erfinder Alexander Gérard ließ sich Kretschmer als "Kulturinvestor" beklatschen, ohne den "so manches Kleinod der Baugeschichte Hamburgs längst verschwunden" wäre. So auch die Rote Flora im Schanzenviertel: ein Objekt, das Kretschmer angeblich "der alternativen Szene überließ und so dem Immobilienmarkt entzog."

Willkommen in Hamburg, Hauptstadt der Prahlhänse. Hier die wahre Geschichte: Im Jahr 2001 verkaufte der SPD-Senat das seit 1989 besetzte Flora-Theater in einem Unter-dem-Ladentisch-Deal an Kretschmer. Die Privatisierung diente seinerzeit vor allem dem Zweck, das Reizthema Rote Flora aus dem Wahlkampf herauszuhalten - und war aus Sicht des Käufers ein echtes Schnäppchen: Für die 370 000 Mark Kaufpreis bekam man schon damals im Schanzenviertel nicht mal mehr ein Drei-Zimmer-Appartment. Mit den Besetzerinnen und Besetzern hatte Kretschmer zuvor kein Wort gesprochen - verkündete aber öffentlich, er werde "aus dem kleinen Keim eine aufblühende Pflanze" machen und keinesfalls mit dem Objekt "spekulieren".

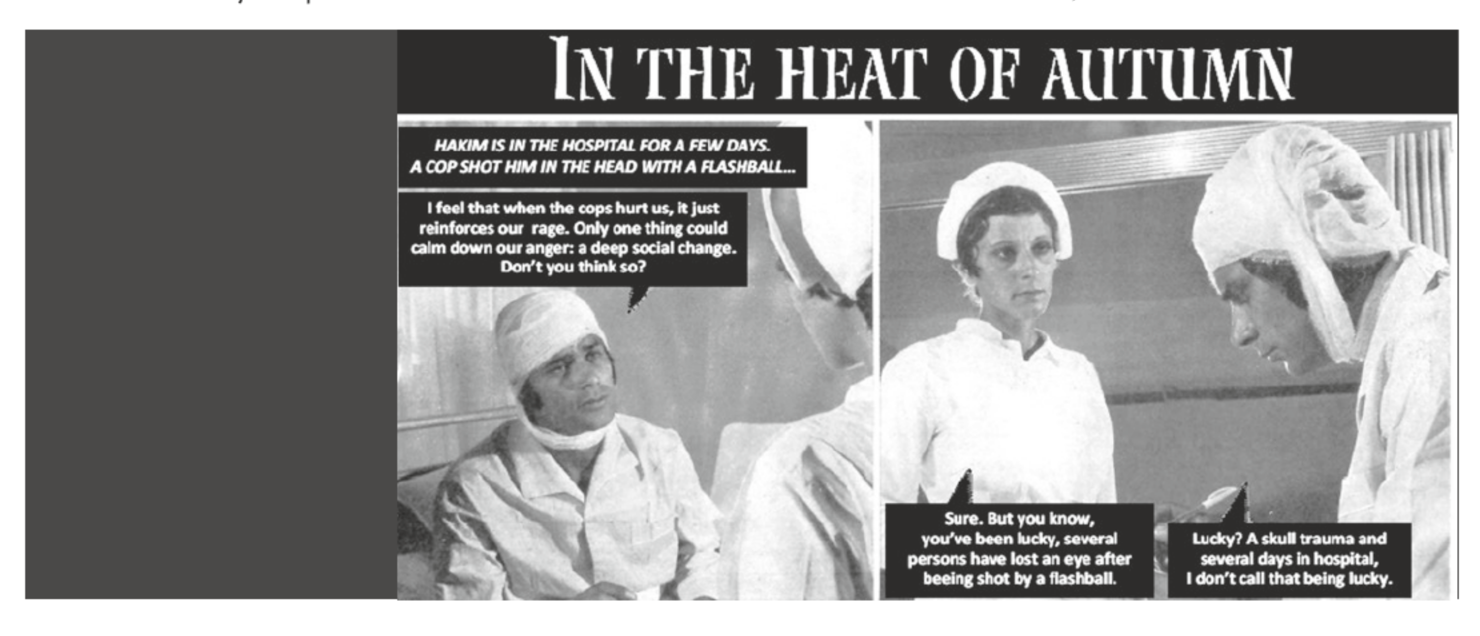
Im kommenden März laufen nun einige Vertragsklauseln aus, die Kretschmer bis dato das Spekulieren mit der Flora tatsächlich erschwert hatten: Anders als bisher muss er für einen Weiterverkauf des Objektes dann nicht mehr die Zustimmung der Stadt einholen. Außerdem werden Nachverhandlungen möglich, um die Verpflichtung aufzuheben, die Immobilie als selbstverwaltetes Stadtteilzentrum zu nutzen. Den Gewinn aus dem Weiterverkauf müsste Kretschmer zwar weiterhin an die Stadt abführen - aber es spricht nichts dagegen, dass sich ein zukünftiger Käufer auf eine Weise erkenntlich zeigt, die nicht Teil des Vertrags ist.

Wie dem auch sei: Seit gut einem Jahr verbreitet Klausmartin Kretschmer öffentlich, ihm lägen unterschriftsreife Kaufangebote bis zu 19 Millionen Euro vor. Er kokettiert damit, dass er von der Entwicklung der Roten Flora "enttäuscht" sei. Er erklärt die Flora-Besetzer für im Stadtteil isoliert ("beinahe wie ein Fremdkörper"), droht mit einer möglichen Räumung, fantasiert vom "Markenwert" des Namens "Rote Flora", oder kündigt an, in einem Container auf der Schanzen-Piazza eine "Zukunftswerkstatt" zur Umwandlung der Flora einzurichten.

Das Medienecho bleibt nicht aus: Unter der Überschrift "Tote Flora" schreibt die taz, die Rote Flora habe es "mit ihren klandestinen Strukturen geschafft, dass selbst viele, die ihr ideologisch nahe stehen, Schwellenangst haben". Im Hamburger Abendblatt darf die "Lebensgefährtin" von Kretschmer höchstselbst beklagen: "Im öffentlichen Bewusstsein steht die Rote Flora schon lange primär fürs Dagegensein. Für Schauder, Schrecken und Zorn." Und nach den letzten 1.-Mai-Krawallen erklärte ein "alteingesessener Schanzenbewohner" in Mopo und Abendblatt, dass die Rote Flora "heute meist nur für Intoleranz steht und Gewaltkulisse ist."

Für uns nicht. Für uns steht die Rote Flora da, wo sie stehen sollte: Mitten auf dem Schulterblatt, linksradikal vollgekleistert, gegen Überwachungsstaat, innere Sicherheit, Repression, AKWs, Nazis und so weiter. Na klar, es ist ein Ort voller Widersprüchlichkeiten: Auf der einen Seite Stachel im Fleisch der Gentrifizierung, seit 1989 erfolgreich dem Gestaltungsdrang von Investoren, Politikern und Eventprofis entzogen. Auf der anderen Seite authentisch-abgewrackte Kulisse für einen "Szenestadtteil", der Hamburgs "Image als weltoffene und tolerante Stadt" stützen soll, wie die Unternehmensberatung Roland Berger in einem Gutachten zur Standortvermarktung empfiehlt.

Wir empfehlen stattdessen den teilnehmenden Besuch der Flora. Die Schauermärchen vom abgeschotteten, garstigen Autonomenzirkel, der sich hier angeblich verbarrikadiert, können wir nicht bestätigen. Wir haben hier gefeiert, getrunken, debattiert, Konzerte gesehen, Partys besucht, und sogar Partys und Konzerte veranstaltet - und werden das weiter machen. Die Rote Flora war und ist ein Ort, den sich Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt nehmen können, wenn sie Dinge organisieren wollen, die im kommerziellen oder staatlich



alimentierten Kulturbetrieb nicht gehen. Sie ist Hamburgs größter Amüsier-, Benefiz- und Debattier-Tempel für die außerparlamentarische Opposition. Hamburgs größtes Jugendzentrum, an dem nicht Behörden, Flatrate-Sauf-Gastronomen oder Praktikantenstadl-Betreiber die Aufsicht führen. Und so manches mehr. Die Rote Flora, so schreibt das Kollektiv, das sie besetzt hält, "ist immer nur genau das, was in sie hineingetragen wird." Wir würden's so lassen.

Nicht zuletzt ist die Rote Flora ein Symbol dafür, dass sich selbst in Hamburg die Politik bisweilen nicht traut, klare Verhältnisse im Sinne der Immobilienverwertung zu schaffen. In diesem Sinne ist die Rote Flora die große Schwester des besetzten Gängeviertels und kommender Besetzungen. Die "Komm in die Gänge"-Aktivistinnen und Aktivisten mögen ihre Besetzung softer und im bürgerlichen Sinne lösungsorientierter vorgenommen haben - doch hier wie dort geht es im Kern darum, eine Schneise in die unternehmerische Stadt zu schlagen. Wo die Gängeviertel-Aktiven diese Verhältnisse dem Senat in langwierigen Verhandlungen abzutrotzen versuchen, zeigt die Rote Flora, dass man auch ohne Vertrag und offizielle Behördenabnahmen jahrzehntelang einen Freiraum halten kann. So lässt sich voneinander lernen.

Der juristische Eigentümer und Hobby-Anthroposoph Kretschmer mag derweil jammern, die Rote Flora sei nicht die "geistige Samenbank", die "Gegenentwürfe entwickelt". Woher er das weiß? Keine Ahnung. Wir aber wissen: Die krude Vorstellung, man könne in dieser Stadt ein selbstverwaltetes Zentrum kaufen, um es sich als Trophäe an die Brust zu heften, passt wie Arsch auf Eimer zur neoliberalen Stadtpolitik. Eine Politik, die sich die Protzimmobilie Elbphilharmonie leistet, das Oberschichtsghetto Hafencity mit öffentlichen Mitteln subventioniert, bei Sozialem, Kultur und Bildung kürzt und zielsicher immer genau da auf "Public-Private-Partnership" setzt, wo mal "experimentiert" werden soll. Experimentelle Räume" seien als "Katalysatoren für Kreativität" einerseits "unabdingbar" und andererseits "nicht unbedingt auf kommunale Förderung angewiesen", wie es in einer aktuellen Studie der Stadtentwicklungbehörde heißt: "Sie können privatwirtschaftlich finanziert werden."

Aber so läuft der Hase nicht. Die Rote Flora ist besetzt. Sie ist und bleibt das große, schmutzige, unverkäufliche Monster, das sich eben nicht als "Katalysator" oder "Inkubator" für ein "kreatives Milieu" einfangen lässt, wie sich es die ganz Fortschrittlichen unter den Stadtentwicklungspolitikern erträumen. Die Typen von der CDU würden sie ohnehin am liebsten räumen lassen - und mancher von der SPD wohl auch. Doch das sollten sie besser nicht versuchen. Wer immer mit dem alten Gemäuer am Schulterblatt spekulieren, damit dealen oder es räumen lassen will, bekommt es mit uns zu tun.

http://www.buback.de/iwsl/

Zomia

Ein neuer Wagenplatz wurde am 20.11.2010 in Hamburg-Wilhelmsburg besetzt! In den frühen Morgenstunden gelang es der Gruppe Zomia mit Bauwagen und Lastern eine städtische Freifläche auf der Elbinsel zu beziehen.

"Stellungnahme des Wagenplatzes Zomia

Es war schon lange Zeit dafür: Ein neuer Wagenplatz in Hamburg. Die Gruppe Zomia hat heute in Wilhelmsburg Realitäten geschaffen:

NEUE WAGENPLÄTZE IN HAMBURG: JETZT UND HIER!

Bewohner_innen von Bauwagenplätzen haben es überall schwer, eine dauerhafte Anerkennung ihrer Wohnform zu erreichen. Sie sind auf Duldungen seitens der Politik angewiesen, die wenn überhaupt nur zeitlich begrenzt gewährt werden. In Hamburg ist die Räumung von Bambule, Wendebekken, Parkplatz Braun und anderen nicht vergessen: Wagenplätze sind in Hamburg seit Jahren hoffnungslos überfüllt, einige hundert Menschen stehen an der Bordsteinkante, wohnen in Hinterhöfen oder im Umland.



Wir sind Teil der Stadt! Ein neuer Wagenplatz muss her!

Viele Menschen und Initiativen engagieren sich in Hamburg für eine sozialere Stadt, für die Möglichkeit zur Teilhabe an Stadt für Alle: Die Situation ist akut und drängend. Verfehlte Hamburger Wohnungspolitik macht bei steigendem Mietspiegel das Wohnen für Menschen mit niedrigem Einkommen in innerstädtischen Vierteln kaum noch möglich. Gleichzeitig werden immer neue Büroflächen für den Leerstand gebaut. Die Folge sind tote Stadtteile, durch Aufwertung abgewertete Viertel und massive Wohnungslosigkeit in Hamburg. Genauso wie zu wenig Wohnraum mit günstigen Mieten in Hamburg existiert, so gibt es zu wenige Wagenplätze.

Die Hamburger Politik stempelt Wagenbewohner_innen ab als Substandardexistenzen und potentielle Gefährder_innen von Sicherheit und Ordnung, als nicht konform für den Hamburger Konservativismus. Es geht auch anders: Nicht zuletzt die Beispiele in anderen Städten wie zum Beispiel Berlin, Bremen, Leipzig, Köln und Frankfurt zeigen, wie andere Städte es schaffen, Leben im Wagen als Teil der Stadt zu akzeptieren und den Bewohner_innen keine Räumfahrzeuge in den Weg zu stellen. Auch Lüneburg hat Wagenplätze als wünschenswerten Teil einer lebendigen, widersprüchlichen und schönen Stadt begriffen.

WIR SIND NICHT EINFACH "SUBSTANDARDEXISTENZEN"! WIR HABEN

IDEEN, WIR HABEN ALTERNATIVEN!
Wir wollen einen Lebensraum für experimentelles, selbstbestimmtes Leben auch fern von kapitalistischer und leistungsökonomischer Verwertung ermöglichen. Normierung und Kommerzialisierung selbstorganisierten Freiraum entgegensetzen - mehr sein als Konsument_in! Wir wollen Ansätze solidarischer Ökonomie ausprobieren, unkommerzielle Kultur ermöglichen. Raum schaffen für solidarischen Zusammenhalt, möglichst fern von Rassismus, Egoismus, Sexismus, Militarismus und anderen Formen von hierarchischer Machtausübung und Diskriminierung, die wir alltäglich erleben. Wir wollen auf dieser Grundlage einen Ort schaffen für uns und andere, zum Nachdenken über zukünftige Gesellschaftsstrukturen und zum Entwikkeln von praktischen Handlungsalternativen. Wir wollen kein Inselort sein, wir wollen mitgestalten und uns einmischen. Wir wollen mit anderen Projekten vernetzt als Teil einer aktiven politischen Bewegung agieren. Wir wollen Wagenleben als ökologisch alternative Wohnform leben. Wagenleben bietet uns das Potential regenerative Energien (Solar + Wind) zu nutzen, Ressourcen schonende Alltagsstrukturen - z.B. in Bezug auf Wassergebrauch, -verschmutzung und Energieverbrauch - zu etablieren, Abfälle und Abwasser vor allem zu minimieren, für unser Wohnen keine Flächenversiegelung in Anspruch zu nehmen. Unsere Behausungen auf Rädern - häufig für wenige Euro selbst hergerichtet und nach unseren Bedürfnissen ausgestattet - sind perfekt geeignet um urbane Nichtorte zu neuer Lebendigkeit zu führen.

WIR SIND HIER, WIR WERDEN UNS NICHT ANPASSEN! WIR WOLLEN ZUKUNFT KONSTRUKTIV MITGESTALTEN! WEG VOM STRASSENRAND, RAUS AUS DER VERDRÄNGUNG!
FÜR NEUE WAGENPLÄTZE IN HAMBURG UND ÜBERALL! FÜR DIE LEGALISIERUNG VON WAGENLEBEN!"

Bereits nach wenigen Stunden musste die Gruppe den Platz jedoch wieder verlassen. Zwar nahm das Projekt "Kunstnomadin" Sie vorübergehend auf. Doch eine dauerhafte Lösung wurde nicht gefunden. Nach vielen Aktionen darf Zomia nun bis Ende April in Wilhelsburg am Ernst-August-Kanal bleiben. Was danach folgt ist unklar.

Auch in Wien fanden zu dieser Zeit Aktionen für mehr Wagenplätzen statt:



We`re not gonna take it… anymore - WAGENPLÄTZE SCHLAGEN ZURÜCK
Vom 3. Dezember bis zum 6. Dezember 2010

Trotz zahlreicher Aktionen, Verhandlungen, Besetzungen und über hundert Wagenplätzen im deutschsprachigen Raum, ist Wagenleben noch immer nicht akzeptiert. Wagenburgen werden weiterhin kriminalisiert und vertrieben, Wägen werden beschlagnahmt und WagenbewohnerInnen mit horrenden Geldstrafen belegt. Dies zeigen Repression gegen Wagenburgen in Bielefeld, Berlin, Freiburg und Hamburg, sowie Platzräumungen in München oder Wien.
In Österreich, speziell in Wien, wo Wagenplätze ein eher neues Phänomen sind, ist die Situation der drei Wagenplätze in diesem Herbst eskaliert. Die Wagentruppe Treibstoff wurde am 21.10.2010 nach der 9. Platzbesetzung von einer Hundertschaft Bullen geräumt und steht seither ohne ihre Wägen da. Auslösesumme bisher ca. 15 000 Euro.
Dem Wagenplatz Hafenstraße drohte am 28. Oktober die Räumung. Einziger Ausweg - Umzug auf den legalisierten Wagenplatz der Gruppe AKWLobau im ehemaligen Naturschutzgebiet. Dieser Wagenplatz hat sich auf Verträge mit der Stadt Wien geeinigt. Er dient nun in der politischen Debatte als Totschlagargument: die Stadt habe ja in Wien Wagenleben ermöglicht.
Die Umstände des verpachteten Geländes aber grenzen an Zynismus: Zwei Monate nach dem Umzug auf das drei Jahre befristete Gelände eröffnete die Stadt Wien um den Wagenplatz herum eine dreijährige von langer Hand geplante 24 Stunden Baustelle. Vier Jahre Wagenleben in Wien gipfeln in extremer Repression, unendlicher Verarsche, Kriminalisierung und Vertreibung. Wien ist ein Beispiel dafür wie vielseitig Wagenleben sein kann. Es ist aber auch ein Beispiel dafür wie vielfältig die Repression dagegen ist. So unterschiedlich unsere Motivationen und Ziele im Wagen
zu leben auch sind, so vielfältig ist auch unsere WUT und unsere MOTIVATION zum Widerstand.
Aus diesem Grund laden wir alle WagenbewohnerInnen, alle HausbesetzerInnen, alle emanzipatorischen Kräfte, alle linksradikalen Gruppen, alle gewaltbereiten PazifistInnen, alle Motivierten nach Wien ein, um gemeinsam dieser Stadt zu zeigen wie unsere WUT GEGEN IHRE REPRESSION aussieht. Lasst uns gemeinsam ein Zeichen setzen über die Wiener Stadt- und die österreichischen Landesgrenzen hinaus.
Wir werden zeigen dass diese Repression uns nur stärker macht.
Wir werden zeigen wie vielfältig Wagenleben und unser Widerstand sein kann.
Wir fordern die kostenlose Rückgabe aller abgeschleppten Fahrzeuge, sowie einen Zwischennutzungsplatz für die Wagentruppe Treibstoff!
Wir fordern die konstruktive Auseinandersetzung mit den Wagenplätzen Hafenstraße und AKWLobau! Wir fordern eine Änderung des Baurechts - Wagen sind keine Bauten und Wagenplätze keine Neubaugebiete.
Wir fordern die Abschaffung des § 37 SPG "Auflösung von Besetzungen" und die Legalisierung der Besetzung inklusive Erwerb eines unbefristeten Nutzungsrechts für nicht komerzielle Projekte auf langfristig ungenutzten Grundstücken und Häusern.
Wir fordern die unbedingte Umsetzung der Zwischennutzung auf Prekariatsbasis für alle kurzfristig leerstehenden und unbenutzten Grundstücke und Häuser.
Wir fordern die Entkriminalisierung des Wagenlebens in Österreich und überall!

GEGEN VERTREIBUNG UND KRIMINALISIERUNG! FÜR MEHR WAGENLEBEN IN WIEN UND ÜBERALL! DARUM AUF NACH WIEN DEN ADVENT VERSAUN!!

LKA Ermittlungen gegen Linke Aktivist_innen

In den vergangenen Wochen tauchten LKA Ermittler bei mehreren Aktivist_innen (in Hamburg) auf und versuchten informelle Gespräche zu führen.

LKA Bullen der Mordkommission und des Fachkommissariats für Kommissionsermittlungen versuchten zu etwa 10 Leuten aus einem Gruppenzusammenhang Kontakt aufzunehmen. Zum Teil standen sie unangemeldet vor der Tür, bei anderen wurden die Eltern angerufen oder Nachrichten im Briefkasten hinterlassen. Auf Nachfrage einer Anwältin wollten oder konnten die Bullen weder sagen, ob sie die Betroffenen als Beschuldigte oder Zeug_innen sprechen wollten, noch wurde ein konkretes Ermittlungsverfahren genannt.

Auf jeden Fall waren die offenen Gesprächsversuche in diesem Zusammenhang nicht die einzigen Aktivitäten des LKA. Bei mindestens einem Betroffenen wurde die Rentenversicherungsanstalt nach dem letzten Arbeitgeber gefragt und bei anderen wurden Mitschüler_innen angesprochen. Zum Teil wurden im Vorfeld der Gesprächsversuche im Rahmen von Observationsmaßnahmen Filmaufnahmen gemacht. Bei den Gesprächsversuchen wurde nach dem Aufenthalt an bestimmten Tagen und nach allgemeinen Informationen über geschehene oder geplante (!) Brandstiftungen gefragt.

Die Beteiligung vom LKA 41 (Mordkommission) und LKA 44 (Sonderkommission) deutet darauf hin, dass es sich zumindest zum Teil um Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Lerchenwache im vergangenen Jahr handelt. Ein Teil der Betroffenen war beim Drehen eines Mobilisierungsvideos personenkontrolliert worden, nachdem sie auch Aufnahmen im Umfeld der Lerchenwache gemacht hatten.
Alle Betroffenen und auch deren Eltern haben jede Kooperation mit den Ermittlungsbehörden verweigert.

SoKo Florian

Kurz danach tauchten auch Ermittler der Sonderkommission 'Florian', die wegen der brennenden Autos ermittelt, bei mindestens drei Personen aus anderen Zusammenhängen auf und versuchten Gespräche zu führen. Ganz offensichtlich war hier der Ermittlungsansatz, aktuelle und ehemalige Meldeadressen von bekannten Aktivist_innen mit den Orten von Autobrandstiftungen abzugleichen und bei Entsprechungen die Betroffenen als potentiell Verdächtige zu befragen.
Auch hier wurde jede Zusammenarbeit verweigert.

Verfassungsschutz

Schon vor einigen Monaten versuchten Mitarbeiter des Verfassungsschutzes eine Person aus der linken Szene anzusprechen. Das bemerkenswerte an diesem Anquatschversuch war vor allen Dingen die Art und Weise. Im Gegensatz zum meist üblichen Vorgehen, die Betroffenen irgendwo auf der Straße oder an der Haustür zu überrumpeln, erschien ein VSler relativ offen bei der Verwaltung des Arbeitgebers mit der Bitte der Betroffenene möge sich doch bitte melden.
Die Zusammenarbeit wurde auch hier verweigert.

Ganz offensichtlich versuchen die Ermittlungsbehörden im Moment, auch vor den Aktionen gegen die Innenministerkonferenz in Hamburg Druck auf linksradikale Zusammenhänge auszuüben, ohne bis jetzt offen zu machen, ob sie Ermittlungsverfahren gegen spezielle Leute führen. Die Anquatschversuche sind der Versuch einzuschüchtern und vor allen Dingen im Umfeld der Betroffenen zu spalten. Die Ermittlungsmethode des Adressenabgleichs spricht allerdings in erster Linie von der Hilflosigkeit des Apparates im Zusammenhang mit brennenden Autos.
Diese Aktivitäten des Bullenapparates werden auch nach der IMK nicht weniger werden.
Zur Zeit ist festzustellen, dass größer angelegte Observationen laufen, wobei nicht wirklich deutlich wird in welchem Zusammenhang sie stehen. IMK- Proteste, Castor oder Ermittlungsverfahren wegen Aktionen.

Lasst Euch nicht einschüchtern oder in Gut und Böse spalten. Sprecht mit Euren Leuten über den Fall der Fälle und organisiert Euch.

Keine Zusammenarbeit mit dem Repressionapparat ! Keine Aussagen !

antirepressionsgruppe hamburg
november 2010

LIKE FOR EVERY UPRISING, THE STATE TARGETS THE MOST STIRING DEMONSTRATORS: ANARCHISTS, WORKERS DISOBEYING THE TRADE UNIONS INSTRUCTIONS, YOUNG STUDENTS « AT WAR WITH SARKOZY » OR OTHER ANGRY PEOPLE. AND POLICEMEN, WITH THEIR USUAL RACISM, FOCUSING ON YOUNG GUYS WHO LOOK LIKE THEY COME FROM THE SUBURBS.





Einladung - Vorbereitungstreffen für einen "Kongress" für autonome Politik 2011

22. Januar 2011 um 12 Uhr| autonomes zentrum köln | Wiersbergstr. 44 | Köln-Kalk

Nach dem autonomen Kongress im Oktober 2009 war klar, dass es einerseits ein Interesse an Auseinandersetzungen über die eigene Gruppe, die eigene Stadt oder Region heraus gibt, andererseits aber auch viele Fragen offen geblieben sind, viele Themen höchstens angerissen wurden. Wir würden gerne einige der losen Fäden vom Hamburger Kongress aufgreifen und einen neuen Anlauf starten, um in einem bundesweiten Rahmen eine Verständigung über Ziele, Formen und Schwierigkeiten autonomer Politik anzustoßen. Was uns beim letzten Mal unzureichend erschien: wir sind nicht über eine Bestandsaufnahme hinausgekommen. Ob es gemeinsame Perspektiven gibt und wie die aussehen könnten, wurde kaum angetickt.

Deshalb soll hier vorgeschlagen werden, einen weiteren "Kongress" (möglichst bereits im Mai 2011 - Ort noch unklar) zu organisieren, der diesmal gezielter an einzelnen Schwerpunkten strukturiert ist. Konkret schlagen wir im Moment drei thematische Bereiche vor, die sich für eine solche Struktur anbieten würden.

1. rise - Wie erklären und wie interpretieren wir die laufenden gesellschaftlichen und politischen Herrschaftsprojekte? Erleben wir eine Fortsetzung dessen, was seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung steht? Oder eher eine Zuspitzung? Was ist neu? Solche Fragen fänden wir gut, gründlicher zu diskutieren und wir schlagen vor, diese Diskussion unter der Überschrift "Krise" zu führen. Wir glauben nicht, dass sich alles, was uns bewegt, mit diesem Begriff abhandeln lässt, aber einige neuere Tendenzen lassen sich durch eine Kritik des Krisen-Begriffs und seines Einsatzes im politischen Diskurs vielleicht auf den Punkt bringen. Eine thematische Eingrenzung der Diskussion, wie wir sie vorschlagen, ist zwangsläufig verengend. Das finden wir jedoch nicht schlimm, weil es uns nicht darum gehen würde, zusammen an einem Wochenende "alles zu erklären", sondern darum, eine fokussierte und konkrete Diskussion zu führen. Anders gesagt: Die Herrschaftsverhältnisse, die wir bekämpfen, können wir alle benennen. Hier soll aber zum Thema gemacht werden, wie sie sich momentan konkret formieren.

2. Transformation autonomen Widerstands - Wenn wir feststellen, dass sich unsere Lebens-, Arbeits- und Widerstandsbedingungen und damit auch die "erste Person", aus der heraus wir Politik machen, verändern, muss das autonome Projekt dann nicht auch neu bestimmt werden? Oder anders gefragt: Welche Perspektiven für emanzipatorische Politik lassen sich unter derzeitigen Bedingungen formulieren? Welche Strategien können wir entwickeln? Müssen wir unsere Praxis und unser Selbstverständnis aktualisieren, und wenn ja wie?

3. Militanz - In den letzten Jahren war begrüßenswerter Weise wieder eine verstärkte militante Praxis zu verzeichnen. Grund genug, Bedingungen für emanzipative Militanz, deren Vermittlung, das Wechselspiel mit anderen Formen, … gemeinsam zu reflektieren. Noch wesentlicher erscheint uns aber, ein militantes Selbstverständnis /Selbstverständlichkeit wieder zu erlangen.

Wir haben drei kurze Texte beigelegt, die grob unsere bisherigen Diskussionen zu den Themenblöcken "Krise", "Militanz" und "Transformation" umreißen, und die hoffentlich ansatzweise vermitteln, weshalb wir die Themen spannend finden.

Bei dem Treffen am 22.1. sollen idealerweise gleich mehrere Fragen geklärt werden:
- Was haltet ihr überhaupt von der Idee, einen neuen "Kongress" zu organisieren?
- Wie soll die Struktur einer solchen Zusammenkunft aussehen? Ein "Kongress" oder lieber ein "Seminar", oder … ?
- Was haltet ihr von dem Vorschlag einer thematischen Eingrenzung?
- Und was von den drei konkreten Themenvorschlägen?

Diese Einladung geht an Szene-Zeitungen, Infoläden und zahlreiche Gruppen. Die Infoläden möchten wir bitten, sie in ihren Städten publik zu machen.
Und noch eine Bitte: Schickt die Einladung nicht über Mailinglisten weiter und stellt sie auch nicht bei Indymedia ein. Danke!

autonome-perspektive@nadir.org

1. Krise

Als einen Diskussionsschwerpunkt des Kongresses würden wir untersuchen wollen, wie sich gesellschaftliche Umbauprozesse und politische Herrschaftsstrategien derzeit organisieren und legitimieren. Anders formuliert geht es darum zu analysieren, unter welchen konkreten Rahmenbedingungen linksradikaler Widerstand agiert und ob und wie sich diese Rahmenbedingungen verändern. In den Diskussionen zur Vorbereitung des geplanten Treffens hat sich dabei der Krisenbegriff als Aufhänger für engagierte und kontroverse Diskussionen herausgestellt. Im Folgenden wird vor allem davon die Rede sein, wie mit Begrifflichkeiten und Bildern wie "Krise", "Katastrophe" usw. Politik und Stimmung gemacht wird und was das für praktische Folgen hat. Damit soll eine Auseinandersetzung darüber, wie die aktuelle kapitalistische Krise zu bewerten ist, nicht ausgeblendet werden und auch nicht die Frage, ob eine autonome Positionierung dazu anstehen würde. Uns ist auch noch längst nicht klar, ob Krise tatsächlich dazu taugt, das, was uns bewegt, analytisch auf den Punkt zu bringen oder ob dieser Begriff nicht doch zu begrenzt ist. Trotz all dieser Wenns und Abers finden wir die hier angerissenen Diskussionsfragmente aber spannend genug, um sie euch vorzustellen zu wollen.

Ende der Gemütlichkeit - Seit dem Bankencrash ist die Rede von der Krise aus dem politischen Vokabular kaum wegzudenken. Was ein linker Allgemeinplatz ist, dass sich auf der Grundlage von Herrschaftsverhältnissen keine gerechte Gesellschaftsordnung aufbauen lässt, rückt stärker ins allgemeine Bewusstsein in den von diesem System am stärksten profitierenden Gesellschaften. Statt des immer schon verlogenen Glücksversprechens des modernen Kapitalismus steht nun die ehrlichere Einsicht im Raum, dass in einem System, das auf Konkurrenz und Profitmaximierung beruht, das "Glück" der einen nicht ohne das Unglück der anderen zu haben ist. Dennoch wächst zurzeit (zumindest in Deutschland) weniger die Kritik an kapitalistischer Ausbeutung und staatlich betriebener sozialer Deklassierung, sondern die Bereitschaft, die gründliche Zerschlagung sozialstaatlicher und arbeitsrechtlicher Sicherheiten auch weiterhin zu akzeptieren, scheint eher zuzunehmen.

Dabei handelt es sich um kein neues Phänomen - Wir erleben in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vielmehr die Fortsetzung und Zuspitzung dessen, was sich in den letzten Jahrzehnten schon angebahnt hat. Hartz IV, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Privatisierung staatlicher Infrastruktur und öffentlicher Aufgaben,... sind Bedingungen, unter denen wir alle seit längerem politisch agieren - und auch unser eigenes Leben organisieren müssen. Neu ist aber die rhetorische Zuspitzung durch immer weitere Krisen- und Katastrophenszenarien, die Alternativlosigkeit suggerieren.

Zwar ist einerseits die derzeitige Krise real, da die strukturellen Probleme des Finanzkapitals ungelöst sind, andererseits ist aber die Argumentationsfigur Krise längst nicht auf den Bereich des kapitalistischen Wirtschaftens beschränkt. Sie wird strategisch zur ideologischen Verfestigung der Verhältnisse eingesetzt.

Katastrophenstimmung macht sich breit - Finanzmarktkrise, Klimakatastrophe, demographische Bedrohung, terroristische und islamistische Bedrohung, drohende Staatsbankrotte, drohende Energie- und Rohstoffkrisen - da droht und dräut es allenthalben, das "System" scheint immer kurz vorm Kollaps und trotzdem geht es irgendwie weiter. Und anders als in den - auch für die Autonomen so dynamischen - 80er Jahren, in denen die Drohkulissen der atomaren Aufrüstung und der Umweltkatastrophen politisierend und massenmobilisierend wirkten, entwickeln sich heute Protest und Widerstand eher verhalten. Ob der Protest in Stuttgart oder die diesjährige Castor-Mobilisierung darauf hindeuten, dass mehr Leute beginnen, die Zuschauer_innenrolle zu verlassen, lässt sich noch nicht so recht absehen. Das Fehlen sozialer Kämpfe, die für ein Umdenken, eine radikale Kritik am Bestehenden, die Abschaffung von Herrschaftsverhältnissen eintreten auf der einen Seite, die teils reale, teils taktisch in die Waagschale geworfene Hilflosigkeit des aggressiven staatlichen Krisenmanagements auf der anderen, markieren die Rahmenbedingungen, unter denen linksradikale Politik sich - vielleicht auch ganz neu - orientieren muss.

Alarmistischer Politikstil - Dabei lassen sich auf der Seite des Staates Tendenzen festmachen, die perspektivisch dazu geeignet sind, die Spielräume unserer politischen Projekte weiter zu verengen. Dass staatliche Politik keine Lösungen gesellschaftlicher Probleme, sondern oft nur Krisenmanagement leisten kann, scheint sich als Gemeinplatz festzusetzen. Politik, die mit der permanenten Bedrohung spielt, schafft sich ein Szenario, in dem sie paradoxerweise zwar dauerhaft als hilflos, aber zugleich auch als einziger Rettungsanker und als Verbündete gegen die böse Welt "dort draußen" wahrgenommen wird - und sich selbst stilisiert. So wird jedes neue "Paket", das geschnürt wird, am Ende doch teils zähneknirschend, teils lethargisch hingenommen.

Das Beschwören von Krisen und Bedrohungen dient auch als Legitimierungsstrategie staatlichen Handelns. Die Instrumente, die seit Ende der 80er Jahre zur Durchsetzung eines neoliberalen globalen Systems zum Einsatz gekommen sind, werden jetzt als alternativlose Krisenlösungsstrategie verkauft. Das lässt sich quer durch fast alle Politikfelder verfolgen, wobei die angebotenen "Lösungen" klassisch sind und auf das Recht des Stärkeren herauslaufen: Militarismus, rassistische Abschottung nach außen und rassistische Spaltung nach innen, der verstärkte Rückgriff auf biologistische Erklärungsmuster, die Renaissance klassisch-patriarchaler Geschlechterrollen, Entsolidarisierung der Gesellschaft, Ausbau von Repression und Kontrolle, Anpassungsdruck und die Verschärfung der Konkurrenz der einzelnen untereinander: um Arbeitsplätze, staatliche Zuschüsse, Wohnraum, Kitaplätze, Bildungschancen usw.

Der aktionistisch-alarmistische Politikstil wirkt faktisch herrschaftsstabilisierend, da sein stärkstes Argument die Alternativlosigkeit der getroffenen Maßnahmen ist. Wo nicht mehr über die Vor- und Nachteile der einen oder der anderen Lösung diskutiert und gestritten wird und sich die immer gleiche Logik behauptet, wird einer antidemokratischen Entwicklung der Weg gebahnt. Diese Tendenz verengt sowohl praktisch als auch ideologisch die Spielräume linksradikaler Eingriffe in die bestehende Ordnung. Eine Ordnung, die sich angesichts immer neuer Krisen und Bedrohungen so offen wie seit langem nicht, nach den Kriterien von Freund und Feind formiert.

"Rette sich wer kann" - Die Krise ist auch bei uns längst angekommen - als Angst vor der Klimakatastrophe, als Angst vor der eigenen Zukunft und Gegenwart, wenn es mensch nicht gelingt, sich im ungerechten Kampf um die materielle Sicherheit einen kleinen Vorteil, eine Nische, einen Platz zu verschaffen. Auch wir kennen das Gefühl des Getriebenseins, der Perspektiv- und Alternativlosigkeit und das hat Folgen dafür, wie wir Autonomie verstehen. Verlust von Utopie ist die linksradikale Spielart der Ideologie von der Alternativlosigkeit des Kapitalismus - trotz der Krise, die dessen immanente Beschränktheit anzeigt. Auch der Verlust von Solidarität und Kollektivität in unseren Strukturen, den wir immer beklagen, ist (sicher nicht ausschließlich, aber auf jeden Fall auch) den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschuldet.

Dabei wäre heute beides dringend notwendig, kollektives und solidarisches Denken und Handeln, denn die Selbstregulierung der Einzelnen ist extrem stark verankert. Oft braucht es kaum noch real ausgeübten Druck, um Anpassung zu erzwingen. Und wir handeln da oft auch nicht anders, als die meisten andern in dieser Gesellschaft: Wir disziplinieren uns selbst, wir qualifizieren uns weiter und wir präsentieren uns als erfolgreich, kompetent, flexibel. Und das Perfide dabei ist: Wir wissen, dass das Spielchen "Jede ist ihres Glückes Schmied, sie muss nur wirklich wollen" durch und durch verlogen ist, Ideologie. Und trotzdem scheint das Mitspielen die einzige Möglichkeit zu sein.

Und nun? - An solche Überlegungen anknüpfend, stellen wir uns vor, bei dem geplanten Kongress folgende Fragen genauer zu diskutieren: Wie genau sehen die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen aus, unter denen wir unsere politischen Projekte realisieren? Konkreter: Hilft der Krisen-Begriff dabei, die Veränderung dieser Bedingungen zu analysieren? Wie lässt sich das für die einzelnen Politikfelder ausbuchstabieren? Wie organisiert sich derzeit das Verhältnis von Repression und Selbstregulierung? Welche Realität und Funktionalität hat die Krise in kapitalistischer Hinsicht? Wie bedrohlich sind die autoritären Potentiale der Entwicklungen im Bereich staatlicher Politik?

2. Transformation

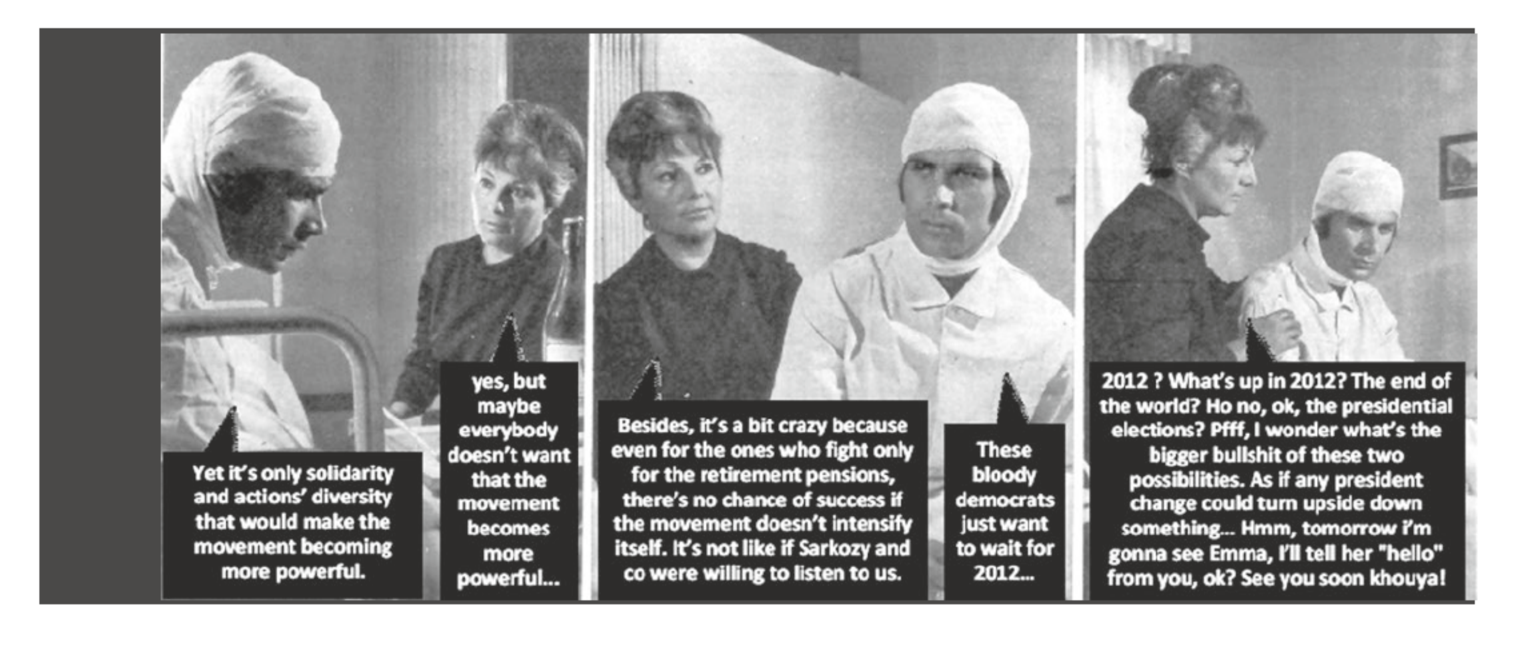
Folgender Text ist aus unseren Diskussionen darüber entstanden, wie sich "autonomer Widerstand" verändern sollte. Er kann nur den Diskussionsstand des "Vorvorbereitungskreises" wiedergeben und präsentiert weder Ergebnisse noch Konsens.
Wichtig ist uns in dieser Darstellung, dass wir zum einen vorwiegend von heute ausgehen und nicht in Erinnerungen an vergangene und vermeintlich bessere Zeiten schwelgen. Desweiteren wollen wir im Vergleich zum letzten Autonom-Kongress nicht mehr um uns selbst kreisen, sondern den Fokus auf die gesellschaftlichen Verhältnisse (und deren Veränderung) setzen und Perspektiven für Veränderung autonomer Politik andenken.

Die Politik "der Autonomen" ist eine Politik der "ersten Person". Das ist nicht im identitären Sinne gemeint. Unser Widerstand geht von der eigenen Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse aus. Wir intervenieren nicht in Politikfelder "hinein", sondern begreifen uns als Teil der Auseinandersetzung. Und das nicht zuletzt um lebenswerte Verhältnisse für uns selbst zu schaffen. So wären beispielsweise soziale Auseinandersetzungen um Arbeits- und Studienbedingungen, Hartz IV oder Gesundheitsreform auch Kämpfe für die eigenen Lebens- und Widerstandsbedingungen als Teil des Kampfes ums Ganze.

Die gesellschaftlichen Bedingungen und die darüber ausgeübten Zwänge, denen auch die "erste Person", sprich wir selbst, unterworfen sind, haben sich jedoch verändert. Die Schwierigkeit und der Druck, das Leben und die eigene Reproduktion so zu organisieren, dass Widerstand lebbar ist, haben zugenommen. Sind die Ansätze autonomer Politik heute noch zeitgemäß? Wie kann heute eine radikale Unversöhnlichkeit mit dem System wirkungsvollen Ausdruck finden? Wo ist unser Sprechort in gesellschaftlichen Konflikten, von dem aus wir unsere Vorstellungen gemeinsam mit anderen entwickeln? Haben wir uns mittlerweile zu sehr in unsere Nischen zurückgezogen und mit dem eisigen draußen abgefunden? Sicher, Nischen können ein Testfeld dafür sein, Utopien zu leben. Sie bieten Freiräume. Aber auf Dauer ist das Stagnieren in Nischen auch ein Zeichen dafür, dass wir mit unserem Widerstand nicht weiterkommen. Besetzte Räume wie die Rote Flora in Hamburg sind wichtig. aber geht es darin ums Überwintern und Warten auf bessere Zeiten? Ist Bewegung in den Verhältnissen erstarrt und haben wir uns mit der beschränkten Wirkung unseres Widerstands abgefunden?

Wir denken eine kritische Auseinandersetzung mit dem Bestehenden und der eigenen Rolle darin ist (nicht neu, aber) dringend nötig: Was hat mein soziales Leben mit dem der Menschen neben mir zu tun? Warum bin ich in vielen Fragen des Alltages isoliert und wie kann die neoliberale Fragmentierung durchbrochen werden? Wie können alternative kollektive Lebens-Konzepte für viele zugänglich sein? Verbleiben unsere Utopieentwürfe nur im Rahmen des Bestehenden (z.B. Mietshäusersyndikat, Gemeinschaftseigentum, Finanzkollektive) oder können wir eine gesellschaftliche Verallgemeinerung und offensive Ausweitung über diesen Rahmen hinaus denken?

Wie kann z.B das Überleben im Alter geregelt werden, wenn staatliche Versorgung nicht vorhanden ist? Wie können wir uns (auch im Alter) mit unseren Nachbarn zusammentun und "Banden" bilden, wie z.B. Kämpfe um Wohnraum vorantreiben? Wie können wir militante Positionen durch den Aufbau radikal bestimmter Bündnisse und durch das Einberufen von Uni-, Betriebs-, oder Stadtteil-Versammlungen verallgemeinern? Soziale "Alltags-Angelegenheiten", wie z.B. im Rahmen von Hartz IV, Gesundheitsreform, Rente, Gentrifizierung sind Bereiche, in denen wir radikale Standpunkte mit anderen gemeinsam entwickeln können.
Vielfach sind "die Autonomen" heute nur eine Reproduktion von Bildern. Sie sind in der BRD als unvermeidbares Übel eingeplant. Es wird zwar nicht als schön erachtet, wenn Banken entglast werden und Autos brennen, aber stört es wirklich? Die politischen Auswirkungen über den szeneinternen Bezugskreis hinaus sind gering. Wir wollen den Laden zum Erliegen bringen. Oder will mensch den geschäftsmäßigen Ablauf des Ladens nur (hinnehmbar) stören? Wie veränderungswillig sind wir? Streben wir nach wie vor entschlossen und tatkräftig an, die Gesellschaft zu verändern oder haben wir uns arrangiert und verharren autistisch in unseren selbst geschaffenen, aber begrenzten sogenannten Freiräumen?
Wir (die hier diskutierenden) wollen uns mit einer offenen radikalen Politik selbstbewusst in Gesellschaft einmischen ohne unsere Positionen (wie die Interventionistische Linke) zu verwässern. Aus diesen Betrachtungen heraus fragen wir: Muss sich der Politikansatz der Autonomen verändern? Ist eine Veränderung der Politik der ersten Person notwendig, nicht insofern, dass sie nicht mehr die Politik der ersten Person sein sollte, sondern, dass sie sich auf die veränderten Bedingungen beziehen muss? Welche Perspektiven sehen wir? Welche Strategien können wir entwickeln?



3. Militanz?

selbstverständlich(,) emanzipativ!

Wir wünschen uns die Wiedererlangung einer militanten Selbstverständlichkeit - im alltäglichen Widerstand und auch in unseren Diskussionen. Eine selbstbewusste Normalisierung und verbreiterte Einübung und Ausübung von emanzipativer Militanz.

Ein militantes Selbstverständnis drückt sich unserer Meinung nach nicht alleine in der Zuneigung gegenüber dem Straßenriot bei Massenevents oder gegenüber hoch konspirativer Nachtarbeit aus. Hierbei ist eine Hierarchisierung verschiedener Aktionsformen nicht nur unsinnig sondern schädlich. Eine Zuspitzung unserer Kritik an den herrschenden Verhältnissen kann sich im Alltag auf verschiedene Weise ausdrücken. Die Entschiedenheit beim verbalen Rauswurf einer provozierenden Rassist_in aus der S-Bahn, oder ein Einschreiten bei sexistischem Gemackere zählen genauso zur (alltags-)militanten Grundhaltung. Ebenso wie ein selbstbewusstes Pressestatement zu den heftigen Auschreitungen auf der Großdemo in Rostock beim G8-Gipfel 2007, in dem die Konfrontation mit der Polizei nicht als Reaktion der Demo in Selbstverteidigung sondern als Ausdruck realer (sozialer) Auseinandersetzungen dargestellt wird.

Auch wenn Militante das staatliche Gewaltmonopol aktiv in Frage stellen, ist eine "Debatte um Militanz" für uns mehr als die Reduktion auf die in vielen Kontexten leidvoll geführte "Gewaltfrage". Statt definierender Diskussionen über (die Legitimation von) "Gewalt" im Abstrakten, wünschen wir uns eine politisch bestimmte Debatte über die Praxis direkter Aktionen und deren Möglichkeiten in ihrem Wechselspiel mit anderen Formen und Ansätzen.

In weniger bewegten Zeiten ist mensch geneigt, sich über nahezu jeden Aktionsbeitrag zu freuen. Wir halten eine emanzipatorische Ziel- und Mittelbestimmung für unabdingbar und wünschen uns eine (selbst-)kritische Bewertung militanter Praxis zugunsten einer Verbreiterung militanten Widerstands. Unser Anliegen: Keine unvorsichtige, aber eine selbstbewusste Haltung gegenüber der Militanz.

Wir halten trotz aller Sicherheitsbedenken eine Diskussion über Militanz (auch auf einem Kongress für autonome Politik) für möglich. Dabei kann es um a) einen sehr allgemeinen Zugang zur Wiedergewinnung eines militanten Grundverständnisses und b) um konkrete Bedingungen für militantes Agieren und dessen Vermittlung sowie c) um das Herausbilden einer antipatriarchal motivierten und praktizierten Militanz gehen.

Wechselspiel militanter und nicht-militanter Aktionsformen

Militante Aktionsformen können zwar für sich stehen und sprechen. Ihre politische Wirkungsweise entfaltet sich häufig jedoch im Kontext anderer (nicht-militanter) Aktionen und vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Diskurse. Letztere können ebenso durch ein selbstbewusstes Vertreten militanter Positionen beeinflusst werden. Wir würden gerne verschiedene Aspekte militanter Aktionen konkret an einigen Beispielen diskutieren und suchen mit Euch nach verantwortbaren Möglichkeiten dazu (ohne, dass sich Leute provoziert fühlen, ihren persönlichen Bezug zur Praxis offen zu legen):

Wenn eine angekündigte Umsonstfahr-Kampagne mit einem gesprengten Fahrkartenautomat beginnt, muss das nicht zwingend ein fulminanter Auftakt sein. Nicht jede Kampagnen-Aktivist_in wird sich für diesen militanten Start-Beitrag bedanken. Das Ver- oder Bekleben des Münzeinwurfs eines Fahrkartenautomaten mit "DEFEKT"-Aufklebern als Auftakt kann vermutlich leichter für eine Verbreiterung des Umsonst-Fahrens sorgen. Das heißt, eine Zuspitzung durch militante Aktionen sollte möglichst nicht nur vermittelbar sein, sondern auch in ihrem Effekt auf die Dynamik von Bewegung durchdacht werden.

Im Themenfeld Antimilitarismus hat es in den letzten Jahren zahlreiche militante Interventionen gegeben. Warum drückt sich diese Intensität nicht auch in vielfältigen öffentlichen Aktivitäten (mit hoher Beteiligung) aus? Ein Beispiel: Unabhängig welchen Anteil die DHL-Kampagne am (vorläufigen) Ausstieg des Konzerns aus der Bewerbung um den Bundeswehr-Großauftrag hatte; vermutlich erhöht die DHL-Kampagne zumindest die öffentliche Sensibilität gegenüber der Vielzahl von Beispielen engmaschiger zivil-militärischer Zusammenarbeit. Wir fragen ungeachtet dieses Erfolgs, ob der sehr massive, ungewöhnlich militante Kampagneneinstieg mitverantwortlich dafür ist, dass nur wenige Gruppen seit Sommer 2009 öffentlich, nicht-militanten Protest am Militärgeschäft der DHL artikulieren? Wie können hier unterschiedliche Protestformen nicht nur unverbunden nebeneinander stehen, sondern selbstbewusst, solidarisch aufeinander Bezug nehmen? Unter welchen Bedingungen sind andere Akteur_innen abgeschreckt? Wie kommt es hingegen, dass das "Abrüsten von Militärgerät" mittlerweile auch bei Friedensbewegten und anderen Nicht-Militanten unter der Formel (verkürzt) "Was in Deutschland unschädlich gemacht wird, kann in Afghanistan keinen Schaden mehr anrichten" akzeptiert wird?

Welche Chancen sehen wir, die (in Deutschland) recht eng gesteckten Grenzen für gesellschaftlich akzeptierten "zivilen Ungehorsam" so auszuweiten, dass eine breitere Akzeptanz für aktivere Formen von Blockade und Sabotage erzeugt werden kann? Dies war z.B. eine der Zielsetzungen der Kampagne Castor Schottern 2010. Können wir uns Aktivitäten (und Akteur_innen!) eines solchen "erweiterten" zivilen Ungehorsams vorstellen, die eine Abgrenzung zur Militanz aufzulösen suchen, statt diese (wie im Fall der Interventionistischen Linken) dogmatisch zu zementieren?

Vermittlung und Diffamierungsanfälligkeit

Bestenfalls vermittelt sich eine (militante) Aktion ohne die Notwendigkeit von erklärenden Worten, über politische Analyse, Aktionsziel und -form. In einer Phase, in der militante Praxis (immer noch) vollständig marginalisiert von scheinbar wenigen betrieben wird, ist es für Polizei und Politik jedoch ein leichtes, viele solcher Interventionen als "unpolitische Zerstörungswut" oder irre Verzweiflungstaten zu stigmatisieren und damit zu entwerten. Manchmal helfen leider auch (ehemalige?) Linksradikale hier in Sprecherfunktion der Kampagne Castor Schottern, militante Interventionen wie z.B. die Sabotage von Signalanlagen der Berliner S-Bahn (als DB-Tochter) und die Störung des Telefonnetztes der DB Anfang November 2010 zu diskreditieren. Trotz Bekennung mit Bezug zum bevorstehenden Castor-Transport, bezweifelt Christoph Kleine (IL) gegenüber der Presse, dass es sich bei den anonymen Akteur_innen um Castor-Gegner_innen handelt.

Ein Großböller auf der Krisendemo Juni 2010 in Berlin, der Angriff auf die Lerchenwache der Hamburger Polizei, die Axt im Tisch der Sachbearbeiter_in eines Jobcenters - medial alles das gleiche, nämlich "unverantwortliche" Taten von völlig Fehlgelei-

teten, die sich in jeder Hinsicht ins Aus bezüglich einer zivilgesellschaftlich akzeptierten Streitkultur stellen. Nicht selten wird militantes Agieren in der reaktionären Presse als Linksterrorismus diffamiert.

Eine Einbettung militanter Aktionen in einen breiteren Kontext, günstigenfalls in Form einer engen Verknüpfung mit nichtmilitanten Aktivitäten erhöht die Vermittelbarkeit und kann einen Schutz vor Diffamierung und Entpolitisierung darstellen.

Militanz und Militarismus

Während sich Militanz, wie wir sie verstehen, politisch bestimmt, betreibt der Militarismus eine Fetischisierung von Zerstörung oder "Gewalt". Entschlossenheit ist nicht identisch mit der Heftigkeit des vermeintlich "gewaltigen" Aktionsmittels. So kann die politische Wirkung eines Molliwurfes gegen eine feuergesicherte Fassade genauso verpuffen, wie dessen unmittelbare Brennwirkung. Der Wunsch, mehr Unversöhnlichkeit zum Ausdruck zu bringen, als "nur" einen Farbbeutel zu werfen, entspringt unter Umständen eher unserem Gefühl von Ohnmacht - z.B. die Ohnmacht, nicht in der Lage zu sein, das betreffende Objekt wirklich materiell zerstören zu können, oder auf anderem Weg eine vergleichbare politische Wirkung zu erzielen.

Die bisherigen, uns bekannten "Gasaki"-Anwendungen in Deutschland (Gaskartuschen-Brand/Sprengsätze) folgten unter Umständen ebenfalls einem fragwürdigen "hell und laut=krass"-Fetisch. Die Vorzüge eines sich ruhig entwickelnden Feuers bei einem nicht detonierenden Brandsatz setzen zumindest ein Fragezeichen, wo genau der sinnvolle Anwendungsbereich dieser "neuen Qualität" von Brand/Sprengsätzen liegen mag.

Mit dem Wunsch, manchen Aktionen eine höhere symbolischen Wirkung zuzusprechen wird oft auch sprachlich "aufgerüstet". Im militarisierten Sprachjargon wird aus einer bunt markierten Fassade gerne ein "Farbanschlag" - und das nicht nur bei den Boulevardmedien, sondern auch in unserer eigenen Berichterstattung.

Wenn im Rahmen einer heftigeren Konfrontation mit den Bullen auf einer Demonstration gerufen wird "Jetzt bitte die Frauen raus aus der ersten Reihe", ist dies ebenfalls Ausdruck einer militarisierten / Macker-"Militanz", deren Selbstverständnis wir für überhaupt nicht militant (im emanzipativen Sinne) halten.

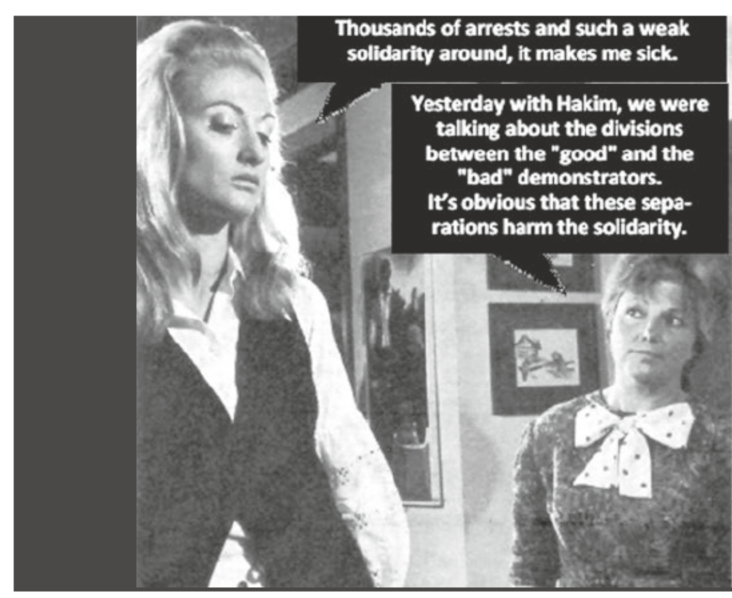
Verantwortlichkeit und Zielgenauigkeit

Da autonome Akteur_innen eigenverantwortlich handeln gibt es keinen universellen Maßstab für Verantwortbarkeit der verwendeten Aktionsformen unter den spezifischen Aktionsbedingungen. Kriterien für militantes Handeln sind trotz das verständlichen Wunsches nach Anonymität vermittel- und diskutierbar. In Bezug auf die zuvor erwähnten detonierenden Brandsätze (Gasaki) z.B. muss eine verantwortungsvolle Einführung des (in Deutschland relativ neuen) Aktionsmittels die Gefahren der Sprengwirkung untersuchen und detailliert beschreiben.

Eine vermutlich nicht verhandelbare Grundbedingung militanten Agierens ist, die Gefährdung von Menschenleben auszuschließen. Dazu gehört, unzählige unwahrscheinliche Szenarien gedanklich durchzugehen und zu berücksichtigen. In diesem Sinne war der 5. Mai 2010 in Griechenland der absolute GAU. Während riesiger Krisenproteste sterben drei Bankangestellte in einer in Brand gesetzten Bank. Ohne die genauen Umstände zu kennen, haben wir die Befürchtung, dass ähnliches beim Hotelbrand während des NATO-Gipfels 2009 in Straßburg hätte passieren können.

Mit der Zielgenauigkeit im militanten Kontext meinen wir eine politisch bewusste Wahl der Ziele (materielle und symbolisch Bedeutung) sowie der dazu verwendeten Mittel unter Berücksichtigung der damit verbundenen "Risken und Nebenwirkungen". Es ist vermutlich unstrittig, dass brennende Nobelkarossen das Thema Gentrifizierung in der breiten Öffentlichkeit gesetzt oder zumindest präsenter gemacht haben. Über den politischen Schaden sogenannter "Beifänge" (ungewollt mitabgefackelte Fahrzeuge) lässt sich sehr wohl streiten.

Bei der militanten Selbsthilfe gegen ausgrenzende "Stadtaufwertung" sind die Eigentums-Neubauten "linker Baugruppen" ebenfalls im Visier der Gentrifizierungsgegner_innen. Hierbei war scheinbar etwas Hintergrundvermittlung notwendig, damit diese Ziele nicht als "Kollateral-schäden" zügelloser Konfliktbereitschaft missverstanden werden, sondern als bewusst gesetzte provozierende und sensibilisierende Akzente zur Thematisierung der Eigentumsfrage. Mit der Identifizierung weiterer Gentrifizierer_innen neben den Yuppies von Car-Loft und Co, stellt sich allerdings die Frage nach angemessener Schwerpunktsetzung und Mittelwahl unserer Kämpfe.





Suizidversuch im Abschiebeknast

Am 2. Dezember unternimmt der 22-jährige Miroslav Redzepovic im Hamburger Abschiebeknast Billwerder-Moorfleet einen Suizidversuch. Er erfuhr von der Ablehnung seines Asylantrags und fürchtete die sofortige Abschiebung nach Belgrad -- zum zweiten Mal in seinem Leben. Für den 7. und 9.12. hatten die Behörden Sammelabschiebeflieger ab Düsseldorf gechartert um Roma, Ashkali und Ägypter nach Serbien und in den Kosovo abzuschieben. Miroslav lebt, weil Justizbeamte ihn rechtzeitig fanden, doch die Abschiebung droht ihm weiterhin.

Im Herbst gelang ihm die Flucht, zurück in seine Heimat, zu Verwandten nach Hamburg. In Serbien war er immer wieder antiziganistischen Bedrohungen ausgesetzt. Der Kontakt zur Familie war abgebrochen.

Am 16. November 2010 wird Miroslav in Hamburg bei einer Kontrolle aufgegriffen, er stellt einen Asylantrag. Postwendend landet er im Abschiebeknast Billwerder in Hamburg.

Das Datum 16. November ist seit 8 Jahren für die gesamte Familie Redzepovic mit der schlimmsten Erinnerung verbunden.

Am Tag nach dem Suizidversuch wird Miroslav in die psychiatrische Klinik in Hamburg-Ochsenzoll gebracht. Wenn es nach den Behörden geht, soll er so bald wie möglich abgeschoben werden.

Miroslav ist Roma. Geboren ist er in Jugoslawien, aufgewachsen, seit er 2 Jahre alt ist, in Deutschland. Seit 1995 lebte die 7-köpfige Familie in Syke, Landkreis Diepholz in Niedersachsen. Als Asylbewerber mit einer Duldung und so genannten Abschiebehindernissen wurde ihnen Wohnraum in der Asylbewerberunterkunft "Deutsche Eiche", einem ehemaligen Gasthaus, zugewiesen. Milos Redzepovic, der Vater der Familie protestierte gegen die unzumutbaren Zustände in der Unterkunft, er bat immer wieder um eine Arbeitserlaubnis; forderte ein Leben in Würde für seine Familie.

Am 15. November 2002 begeht Milos Redzepovic eine schier unbegreifliche Verzweiflungstat. Seiner Familie sagt er, er wolle Zigaretten holen. Tatsächlich geht er ins Rathaus von Syke, übergießt sich im Foyer mit Benzin und zündet seinen Körper an. Am Tag darauf, den 16. November, stirbt er an den Verbrennungen.

Zehn Tage später gedenken 100 Menschen in Syke dem Toten mit einem Trauermarsch. Sie wollen auch auf die ungewisse Situation der Flüchtlingsfamilie aufmerksam machen und protestieren gegen die Abschiebung von Roma nach Jugoslawien. Den Tod des Vaters hat Miroslav nie verkraftet.

Alle Bemühungen bleiben ohne Erfolg, knapp zwei Jahre später, im Oktober 2004 werden die Witwe und 4 ihrer minderjährigen Kinder nach Belgrad abgeschoben. Die 17-jährige älteste Tochter läuft voller Panik weg, als die Polizei morgens die Wohnräume der Familie betritt. Sie versteckt sich zwei Monate lang und landet schließlich im Abschiebeknast Hannover-Langenhagen. Ihren 18. Geburtstag, etwas 2 Wochen später verbringt sie in einem Land das sie nicht kennt und nach Feiern ist ihr schon lange nicht mehr zumute.

Die abgeschobene Familie lebt nun in Südserbien. Man schlägt sich irgendwie durchs Leben. Die älteren Kinder müssen bald eigene Wege gehen. Ljalje versucht sich im Handel auf Flohmärkten und arbeitet eine zeitlang in einer Kneipe. Schreiben hat sie nie gelernt. Sie wird immer wieder krank. Aufgrund fehlender Zeugnisse und einer nicht geglückten Registrierung gehen die Kinder nun nicht mehr zur Schule.

Die Soliüberweisungen von Unterstützer_innen aus Deutschland vermögen die Not nicht wirklich zu mildern. Im Herbst 2010 entdecken die Ärzte erneut bei Ljalje einen Tumor in der Brust. Sie war schon einmal in Deutschland an Krebs erkrankt. Auch diesmal kann noch operiert werden. Die für die OP notwendige Vorauszahlung in bar wird durch eine Blitzspendenaktion aus Bremen ermöglicht.

Als Miroslav die Reise zurück nach Hause - nach Deutschland - antritt, versuchte er der Verfolgung als Angehöriger der Minderheit der Roma zu entkommen, welche in Ex-Jugoslawien in extremer Armut und mit erschwertem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung leben müssen.

Miroslav wagte es, für ein besseres Leben zu kämpfen. Als Miroslav erneut scheiterte und die zweite Abschiebung bevorstand, verließ ihn sein Lebensmut. Er konnte einfach nicht mehr und wusste keinen Ausweg.

Miroslav ist im Moment noch in der Klinik, wenn es nach den Behörden geht soll er Anfang Januar abgeschoben werden. In Nordrhein-Westfalen wurde Anfang Dezember ein Abschiebe-
stopp für Roma, Ashkali und Ägypter nach Serbien und Kosovo erlassen. Nicht jedoch in Hamburg.

Wir fordern Bleiberecht für Roma! - Keine weiteren Abschiebungen!

Gruppe Roma Soli Bremen, 09. Dez. 2010







alle bleiben!

BLEIBE(R)ECHT für Roma in Deutschland

Nachdem in den 30er und 40er Jahren über 500.000 Roma und Sinti durch die Nazis - auch in Jugoslawien - ermordet wurden, erlebte diese Gemeinschaft 1999 bei der Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO und der Verfolgung durch albanische Nationalisten während des Krieges eine weitere Katastrophe. 650 Jahre Roma-Kultur im Kosovo wurden durch Brandschatzung und Vertreibung zerstört. Von den vormals 150.000 Roma im Kosovo verließen darauf 120.000 auf der Suche nach Schutz ihre Heimat und flüchteten in europäische Länder. Zehntausende von ihnen wurden zu Binnenflüchtlingen, größtenteils in Serbien und Montenegro.
In Deutschland leben bis heute etwa 23.000 Roma-Flüchtlinge, rund 10.000 von ihnen seit mehr als 10 Jahren nur im unsicheren Status der Duldung.
Unter dem Druck der europäischen Regierungen hat die Regierung des Kosovo sich in einem "Rückübernahme-Abkommen" bereit erklärt, alle Flüchtlinge zurükkzunehmen.
Anderen droht die Abschiebung nach Serbien oder Montenegro, weil sie Pässe dieser Länder besitzen. Diese hatten viele Roma-Flüchtlinge in der Hoffnung auf ein Bleiberecht durch die "Altfallregelung" seit 2007 beantragt.

Was erwartet abgeschobene Roma?
Ehemaliger Familienbesitz im Kosovo, wie Grundstücke und Häuser, ist in vielen Fällen zerstört oder mittlerweile von Anderen genutzt und eine Zurückforderung ist meist wegen verloren gegangener Unterlagen unmöglich.

Rückkehrer und Binnenflüchtlinge leben im Kosovo, Serbien und Montenegro ausgegrenzt vom Rest der Gesellschaft, oft in Baracken ohne fließendes Wasser oder Heizung. Die Siedlungen liegen teilweise direkt auf Müllkippen oder mit Chemikalien verseuchtem Boden und können von den Bewohnern nicht gefahrlos verlassen werden. Die Roma werden dort als "Zigeuner" diskriminiert und sind immer wieder rassistischen Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt. Sie haben fast keine Chance auf eine geregelte Arbeitsstelle. Im Kosovo liegt die allgemeine Arbeitslosenquote bei mehr als 45%, die der Roma bei nahezu 100%. Viele von ihnen, auch Kinder und Jugendliche, müssen Müll sammeln um zu überleben. Oft wird wegen fehlender Papiere der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Schulbildung der Kinder und Sozialleistungen im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit verweigert.

Schon jetzt ist es dort also für Roma-Flüchtlinge nicht möglich, in Sicherheit und Würde zu leben. Die "Reintegration" tausender aus Europa abgeschobener Roma ist vor diesem Hintergrund illusorisch.
Für Kinder und Jugendliche, die in Deutschland aufgewachsen sind, ist die Abschiebung besonders schlimm, da sie oft weder Serbisch noch Albanisch sprechen. In dem Land, in das sie abgeschoben werden, haben sie deshalb kaum Chancen die Schule zu besuchen oder neue Freundschaften zu knüpfen. Dies führt in vielen Fällen zu Vereinsamung und Depression, bis hin zum Suizid.



Daher versuchen viele nach ihrer Abschiebung das Land schnell wieder zu verlassen und auf illegalen Wegen zurück nach Deutschland zu kommen.

Eine Verbesserung der Lage ist nicht in Sicht!
Unabhängige Beobachter, wie UNHCR oder der EU-Menschenrechtskommissar, schätzen die Situation der Roma im Kosovo übereinstimmend als sehr kritisch ein und haben mehrfach an die Bundesregierung appelliert, die Abschiebungen zu stoppen. UNHCR hat auch betont, dass Serbien keine Alternative für Kosovo-Roma darstellt.

Die Bundesregierung aber erkennt die Wirklichkeit nicht an und hält an ihrer unmenschlichen Abschiebepraxis fest. Zur Rechtfertigung wird auf Absichtserklärungen der Kosovo-Regierung und die so genannte "Altfallregelung" verwiesen, die gut integrierten Flüchtlingen ein Bleiberecht ermöglichen sollte.

Die gnadenlosen und häufiger werdenden Abschiebungen in den letzten Monaten zeigen aber, dass die "Altfallregelung" eine Selektion nach der wirtschaftlichen Verwertbarkeit bedeutet. Wer arbeitet darf bleiben, die "Unnützen", die Alten und Kranken werden abgeschoben. Außerdem schließt diese Regelung viele erst nach 1999 Geflohene von vornherein aus. Häufig werden sogar Familien auseinander gerissen.

Dieser Zustand ist, besonders vor dem Hintergrund der Verfolgung und Ermordung der Roma im Nazi-Regime, unerträglich! Es muss endlich ein echtes Bleiberecht geben, das Roma in Deutschland die uneingeschränkte Teilhabe in der Gesellschaft ermöglicht. Und zwar schnell, denn

… der Abschiebe-Countdown läuft …



PIRATEN - oder was?

In Hamburg steht der erste Piratenprozeß seit Jahrhunderten an.
Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen zehn mutmaßliche Piraten aus Somalia erhoben. Den Angeklagten wird vorgeworfen, das Containerschiff MS "Taipan" überfallen zu haben. Nach dem die somalischen Fischbestände von der EU-Fangflotte leergefischt wurden, verschleppt die Bundesmarine nun die ehemaligen Fischer.
Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen zehn mutmaßliche Piraten aus Somalia erhoben. Den Angeklagten wird vorgeworfen, das Containerschiff MS "Taipan" überfallen zu haben.
Ihnen wird ein Angriff auf den Seeverkehr und erpresserischer Menschenraub vorgeworfen.
Die somalischen Staatsbürger sollen am 5. April den unter deutscher Flagge im Indischen Ozean fahrenden Frachter der Hamburger Reederei Komrowski gekapert haben. Das Verfahren vor dem Landgericht soll noch in diesem Jahr beginnen.
Das Schiff war Ostern auf dem Weg von Haifa nach Mombasa etwa 500 Seemeilen vor der Küste Somalias attackiert worden. Nach einem Anti-Piraten-Einsatz eines niederländischen Spezialkommandos war die Crew nach Stunden wieder freigekommen.
In der Folge hatte das Amtsgericht Hamburg auf Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehle gegen die zehn Seeräuber erlassen. Die Männer waren Anfang Juni nach Deutschland ausgeliefert worden und sitzen seither in Untersuchungshaft. Bei den Verdächtigen handelt es sich um sieben Erwachsene, zwei Heranwachsende und einen Jugendlichen. Der Älteste ist 1962 geboren, der Jüngste etwa 1993. Sie haben sich bisher nicht zu den Vorwürfen geäußert.

PIRATEN!?

Si vis pacem, cole iustitiam

Die Verhandlung gegen die zehn Somalier vor der Großen Strafkammer 3 des Landgerichts soll noch in diesem Jahr beginnen. Die Anklage wurde bereits am 21. September erhoben. Bei einer Verurteilung drohen den Beschuldigten bis zu 15 Jahre Haft.

Im Golf von Aden sind 1400 deutsche Soldaten auf Kriegsschiffen im Rahmen der "Operation Atalanta" am Seekrieg gegen die afrikanische Bevölkerung beteiligt. An Bord der Schiffe sind auch Festnahme- und Verhörspezialisten der Bundespolizei und des BKA.
Die Küstenbewohner Ostafrikas haben sich auf das Kapern von Schiffen des kapitalistischen Warenstroms verlegt, nachdem die EU mit engmaschigen Schleppnetzen die Lebensgrundlage der Fischer zerstört hat.
Während die Menschen in Westafrika eher ihr Glück in der Flucht nach Europa oder Kanarische Inseln suchen (auch ihre Lebensgrundlage wird von EU Trawlwen weggefischt), haben sich die somalischen Piraten zum Widerstand entschlossen.
Letztendlich läuft es auf das Gleiche hinaus: vor der Westküste versenken deutsche Polizeibeamte z.B. der Blumberger Bupo Hundertschaft, auf Frontex Schiffen die Flüchtlingsboote. Vor der Ostküste hat sich der Polizeieinsatz mit dem Militär vermischt.

In der Bundespolizei wird massiv für diese Auslandshundertschaften geworben. Beamte die nach einigen Jahren wieder zu Aufgaben wie Demobegleitung eingesetzt werden, verfügen dann über Wissen, wie schmutzige Kriege geführt werden. Damit ist ihr "Einsatzwert" gestiegen.

Bislang werden die meisten Piraten durch Beschuß getötet oder nach der Rückeroberung der Frachter über Bord geworfen. Manche Verfahren wegen Piraterie finden in Tansania statt, jedoch befürchten deutsche Behörden das die Strafen nicht hoch genug ausfallen.

Verfahren in Deutschland waren bislang unpopulär weil befürchtet wird das die Angeklagten hier Asyl beantragen.
Deutschland hat kein Recht die Somalis als Geiseln zu halten. Die Piraterie ist eine angemessene Antwort auf die Ausbeutung Afrikas.
Unsere Solidarität gehört den in Hamburg angeklagten Seeleuten.

Veranstaltungsreihe: PIRATEN ?

Freitag, 14.01.2011, 19.00 Uhr
Centro Sociale, Sternstr. 2
Vernetzte S cherhe t und deren Fo gen am Horn von Afr ka
Se t 20 Jahren herrscht Bürgerkr eg n Soma a. Vor dessen Küste egt e ne der we twe t w cht gsten Hande srouten. Das Kr senma nagement der Internat ona en Geme nschaft n mmt mmer deut chere Züge e nes "Kr e ges gegen den Terror" an. M t Chr stoph Ma r schka, Informat onsste e gegen M tar s e rung

Donnerstag, 20.01.2011, 19.00 Uhr
Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12
D e Gehe mn sse des Waffensch ffs Fa na
Das Waffensch ff Fa na wurde m Herbst 2008 vor Soma a gekapert. (...) D e Idee e nes pro west chen Süd Sudan, re ch an Ö Vorräten, das hä t Kahrs für d e wahrsche n chste Er k ärung der Waffentransporte. M t Ra ner Kahrs, Journa st und Autor, Rad o Bremen

Freitag 21.01.2011, 19.30 Uhr
Antirakneipe - Hafenstrasse Vokü
P raten Tango
Von der Ukra ne nach Soma a über Land und Wasser zur nach Ita en
E ne F mco age n cht nur am Be sp e des ukra n schen Frachters "Fa na".
67 m n 1+2/3 eng sch m t deutschen Unter t te n 3/3 deutsch 2008

Donnerstag, 27.01.2011, 19.00 Uhr
Hafenklang, Goldener Salon, Große Elbstr. 84
P ratenhatz am Horn von Afr ka
Wer den Ind schen Ozean kontro ert, der kontro ert d e Ökonom e des 21. Jahrhun derts. (...) M t B rg t Mahnkopf, Professor n an der Hochschu e für W rtschaft und Recht n Ber n und Kurator ums sprecher n des Inst tut So dar sche Moderne

Donnerstag, 03.02.2011, 19.00 Uhr
AngelKlub Hamburg, St. Pauli Fischmarkt 18
Von Mogad schu nach München, von Asmana nach Athen
M t M tte n, d e eher an e n Kr egszenar o er nnern, versucht d e EU hre Grenzen gegen F ücht nge, M grant_ nnen und Arme abzu schotten. M t Mr. X, Dantes Inferno auf Les bos entkommen; soma schen F ücht ngen aus HH und A da Ibrah m, ant rass st sche Akt v st n.

We tere Veransta tungen unter anderem zu G ftmü verk appung, F schraub und zur S tu at on der See eute s nd gep ant.
Zusätz ch w rd es Hafenrundfahrten zum Thema ab dem Februar 2011 geben.

Genauere Infos findet ihr unter:
http://ke n mensch st ega hh.b ogspot.com
http://www.hafengruppe hamburg.de

"No Border lasts forever!" - Erste Eindrücke und Kurz-Infos zur Frankfurter Konferenz

Freitag Abend war der Festsaal an der Frankfurter Uni mit 300 ZuhörerInnen gut voll, sowohl der historisch-visionäre Einleitungsbeitrag zu Abolitionismus und Bewegungsfreiheit als auch das Kaleidoskop mit zehn kurzen Bilderbeiträgen (Pecha Kuchas) zu verschiedenen antirassistischen Netzwerken und Kampagnen fand viel Interesse und Anklang.





Bis zu 250 Leuten beteiligten sich am Samstag und Sonntag an Plenas und Workshops. In der Zusammensetzung der Konferenzbeteiligten spiegelte sich die Unterschiedlichkeit der aktivistischen Spektren der antirassistischen Bewegung wider und auch eine Reihe neuer Gruppen und Initiativen waren vertreten.

Auf der Webseite findet sich inzwischen der zu Beginn der Konferenz verteilte Reader, der demnächst zu einer Art "Gelbe Seiten" der antirassistischen Bewegung ausgebaut werden soll. Eventuell gekoppelt mit einer übergreifenden virtuellen Antira-Plattform, in der überregional bedeutende Termine gesammelt werden.

In den meisten der 13 AGs gab es weitergehende Verabredungen zu Folgetreffen oder sogar gemeinsame Aktionsvorschläge. So soll es z.B. am Dienstag, den 22.3.2011, einen bundesweiten Aktionstag gegen Lager geben.

Ein Vorschlag für eine große gemeinsame Aktion für 2011 hat sich im Abschlussplenum (erwartungsgemäß) erstmal nicht entwickelt. Doch die Konferenz konnte und wollte zunächst das gemeinsame vielfältige Potential spürbar machen und mit übergreifenden Vernetzungsprozessen der Zersplitterung entgegenwirken. Beides dürfte in den drei Tagen in Frankfurt gut gelungen sein, Zufriedenheit bis Begeisterung war die überwiegende Stimmung in der Abschlussrunde.

Dementsprechend wurde von vielen Seiten befürwortet, für das nächste Jahr (evt. im November 2011) eine Folgekonferenz mit einer breiter getragenen Vorbereitung zu planen.

Am Sonntag, dem 13. März 2011, wird im Rahmen eines Wochenendtreffens des Netzwerks "Welcome to Europe" die Gelegenheit sein, die Frankfurter Konferenz nachzubereiten und über Zeit und Ort der Folgekonferenz erste Vorentscheidungen zu treffen.

Beste Grüße vom Konferenzteam

DOKUMENTATION I

Am 13.11.10 haben wir das "Jump und Run" Konzept aufgegriffen, um unseren Teil zum Aktionstag gegen die Innenminister Konferenz beizusteuern.

Wir haben uns in einer größeren Gruppe zu einem u.a. von den Koukoulofori propagierten "Crash Flash Mob" zusammengefunden und drei Ziele in der Kaiser-Wilhelm-Straße attackiert:
- Die Hamburger Staatsanwaltschaft als Teil der Repressionsmaschinerie
- Den Firmensitz der Rechtsanwaltgruppe KSP, die einen Großteil ihres Gewinns über das Aufkaufen und Auspressen von Insolvenzverfahren erwirtschaftet
- Das Gebäude der Bildzeitung als Symbol der Medienindustrie und wegen ihrer andauernden Hetzkampagnen gegen sogenannte "Ränder der Gesellschaft".

Besonders hat uns gefreut, dass es möglich ist, auch bei 3000 Bullen in der Innenstadt militant zu agieren und einen selbstbestimmten Angriff durchzuführen. Das zeigt, dass die Bullen überrascht werden können und sie von einer kompletten Kontrolle der Situation noch weit entfernt sind.

Wir brauchen nicht zu verschweigen, dass wir alle vor der Aktion auch Bedenken hatten. Umso schöner war der Moment, als die ersten Scheiben brachen und dem 30 Meter weiter parkenden Wasserwerfer die Leuchtkugeln um das Heck flogen. Für einen kurzen Augenblick wussten wir: Alles ist möglich.

**Erfreute Grüße senden wir an die Genoss innen, die in Ottensen und auf der Großen Elbstraße aktiv waren.
Der Gehorsam hat ein Ende, das Leben ist magisch!**

Anna, Arthur und die militanten Tanten

DOKUMENTATION II

NS-Täter sind keine Opfer!
Weg mit den "Heldengedenken"!

Wir haben in der Nacht vom 11. auf den 12. November 2010 den Soldatenfriedhof im niedersächsischen Esset (bei Celle) umgestaltet:

- Die Steinsäulen mit eingravierten Ehrenkreuzen sowie den Angaben der Jahreszahlen der beiden deutschen Angriffskriege haben wir mit roter Lackfarbe bedacht.
- Der Gedenkstein mit der Inschrift "Den Toten im Osten" wurde mit Schnellbeton geglättet und neu eingraviert steht dort nun: "NS-Täter sind keine Opfer".
- Die 57 Doppel-Grabsteine haben wir mit pinker Farbe markiert.
- Die Info-Tafel mit dem Schlachtverlauf und der Liste der hier begrabenen Soldaten und ihrer Wehrmachtstitel haben wir mit einem neuen Info-Plakat versehen, auf dem wir folgende Information kundtun:

"Auf dem Waldfriedhof bei Esset treffen sich seit 2007 wieder vermehrt Alt- und Neonazis, um ein sogenanntes "Heldengedenken" zu zelebrieren. Insbesondere am "Volkstrauertag" sowie am darauf folgenden "Totensonntag" versammeln sich in der Lüneburger Heide unter anderem Mitglieder verschiedener faschistischer Organisationen wie der HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS), der OdR (Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger), der neonazistischen "Kameradschaft Celle 73", der "Snevernö-Jungs" und der Frauengruppe "Düütsche Deerns". Sie gedenken den 114 hier im 2. Weltkrieg gefallenen Männern aus Einheiten der Marine, Panzergrenadieren sowie Angehörigen der Waffen -SS und des Reichsarbeitsdienstes (RAD).

Diese Männer blieben in den letzten Kriegstagen nicht zu Hause oder desertierten, sondern bekämpften die vorrückenden Alliierten. Die überwiegend britischen Einheiten hatten unter anderem den Auftrag, den für die Wehrmacht als militärisch wichtig erachteten "Aller-Brückenkopf" einzunehmen, sowie das KZ Bergen-Belsen zu befreien.

Der Soldatenfriedhof in Esset ist protestlos wieder Wallfahrtsort für Nazis geworden. Der Geschichtsrevisionismus und die NS-Verherrlichung der Nazis wird auch von Bewohnerinnen aus der Umgebung mitgetragen.

Mit den "Heldengedenken" und "Gedenkveranstaltungen" verbunden ist eine Verhöhnung von NS- Opfern sowie eine Verharmlosung und Relativierung des NS-Regimes. Diese Veranstaltungen und das damit verknüpfte Denken hat eine Strahlungskraft bis weit in die Gesellschaft. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten.
Die Umgestaltung des Soldatenfriedhofs ist unsere Antwort auf die "Gedenkveranstaltungen" zum Volkstrauertag!

Es gibt keine unschuldige Kriegsteilnahme und keine zufällig "Gefallenen"!

inglorious basterds



Castor stottern 2010 - eine Selbstkritik

Der "Auftakt" auf der Großkundgebung am Samstag in Splietau war gelungen. Passend zu teils sehr klaren Worten zur aktuellen Energiepolitik und zur Rolle der GRÜNEN während ihrer Regierungsverantwortung gingen rund 200 AktivistInnen ebenso klar zu Werke und unterhöhlten auf 10 Meter Länge und bis zu 2 Meter Breite die Südstrecke (eine von zwei möglichen Routen des Straßentransports). Eine sehr direkte Eröffnung ohne langatmigen Spannungsbogen. Die Aktion wurde erst nach 45 Minuten von Einheiten der Polizei gewaltsam geräumt. Bis dahin passieren Tausende die Baustelle - von grinsend bis helfend. Trotz unterschiedlicher Einschätzung bzgl. der räumlichen Nähe zur Kundgebung und zur Treckerblockade gleich nebenan wird die Aktion gemeinsam getragen - das ist was Vielfalt und Unkalkulierbarkeit des Widerstand im Wendland ausmacht. Wir kommen später darauf zurück.

Insgesamt wollen wir vorausschicken, dass uns der diesjährige Widerstand aufgrund der Vielzahl der Aktiven viel Mut gemacht hat. Die von uns befürchtete geringere Eigeninitiative von AktivistInnen des linksradikalen Spektrums in der Sogwirkung eines leicht konsumierbaren Schottern-Massenangebots wurde durch die Vielzahl anderer Aktivitäten kompensiert. Bei den Autonomen herrschte Uneinigkeit darüber, ob mensch das Aktionskonzept des Schotterns undogmatisch ausweiten und mitgestalten sollte, oder unabhängig davon in verschieden großen Gruppen andernorts Sabotageaktivitäten verfolgen sollte. Wir und einige andere autonome Zusammenhänge haben sich für das erstgenannte entschieden und landeten letztendlich nahe dem zweiten.

Schottern 2010, ein mobilisierendes Massen-Mitmachangebot

Die Aktionsidee ist nicht neu, aber bestechend. Bereits 2006, also weit vor dem ersten Aktionsauftritt der Interventionistischen Linken (IL) wurde in autonomen Kreisen das Konzept des Massenschotterns als Low-Tech Ergänzung zu technisch immer raffinierteren Blockade- und Sabotage-Aktivitäten gut organisierter Castor-SpezialistInnen entwickelt.

Die mobilisierende Funktion der öffentlichen Ankündigung einer kollektiven Gleisbettzerstörung war beachtlich. Wenn die Ex-Moderatorin und Autorin Charlotte Roche, auf ihre Unterschrift zum Schottern-Aufruf angesprochen, gegenüber der dpa äußert: "Ich bin gegen Gewalt gegen Polizisten, aber absolut für Sachbeschädigung im Dienste der guten Sache", dann mögen manche das vielleicht belächeln - aber derartige Statements machten die Öffentlichkeitswirksamkeit der Kampagne aus.

Und mit der politisch offensiven Ankündigung des Schotterns wurde ebenfalls begrüßenswert eine anschlussfähige Ausweitung der (in Deutschland) engen Grenzen bei der Interpretation von zivilem Ungehorsam versucht. In einer Regierungserklärung vom 10. November kündigte der niedersächsische Innenminister Schünemann an, man werde sorgsam auswerten, "inwieweit Linksextremisten bereits erfolgreich Teile des bürgerlichen Protestspektrums beeinflussen konnten".

Soweit so gut - will mensch jedoch nicht nur als Ein-Jahres-Fliege im Castor-Widerstand mitmischen, muss die erfrischend kecke Ankündigung einer kollektiven Sabotage deren Wirksamkeit zumindest in Aussicht stellen. Für viele Gruppen war die Entscheidung, das Schottern unverrückbar bis Sonntag-Mittag stattfinden zu lassen, nicht nachvollziehbar: Unserer Meinung nach eine eindeutige Fehlentscheidung bei der Abwägung zwischen der Anzahl der AktivistInnen (am Wochenende klar höher) und der Effektivität der Blockade (nur in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Ankunft des Transports gegeben). Auch wenn dieser Konflikt aufgrund der realen Ankunftszeit des Schienentransports dieses Jahr irrelevant war, drängen wir auf ein Überdenken bei etwaigen Nachfolgekonzepten fürs nächste Jahr.

von der einseitig militarisierten Konfrontation ...

"Die Gewalttiraden der Polizei waren wirkungslos gegen die 5-Finger-Taktik und entschlossene Schotter_innen. Auf die Konfrontation sind wir nicht eingestiegen, sondern haben den hochgefährlichen Atommüll-Zug um Stunden aufgehalten" (aus SCHOTTERLETTER 6).

Wir wissen nicht, ob die Auswertenden und Publizierenden der Kampagne bei den verschiedenen Anläufen des "Schotterns" am Sonntag des 7. November zugegen waren. Nach unserer unmittelbaren vor-Ort-Erfahrung und nach Befragung mehrerer Zusammenhänge war es kein Zufall, dass im Süden erst der dritte Schotter-Versuch (am frühen Sonntag-Nachmittag) das Potenzial hatte, annähernd "erfolgreich" zu sein: Ein unerwarteter Schub zuvor vermissten Mutes und Entschlossenheit nach der schmerzhaften Frustration der beiden ersten Versuche am Vormittag? - Nein, das enge Aktionskonzept wurde von den meisten AktivistInnen eigenmächtig, undogmatisch und begründet durch die dringend gebotene Vermeidung weiterer Verletzter ab-



geändert bzw. erweitert. Wir können uns nicht zur Erzwingung eines (zweifelhaften) symbol-politischen Erfolgs wie halbverblödete Lämmer verprügeln lassen.

Ein erneuter verletzungsträchtiger Ansturm (von waldfremden KonzeptionistInnen oftmals beschönigend "Umfließen" genannt) auf zwei dicht besetzte, quasi-militärisch konfigurierte Polizeiketten, wäre unverantwortlich gewesen. Denn der Wald besteht nun mal aus Bäumen. Und auf den schmalen Ausweich-Trampelpfaden war das "Aufspreizen der Finger" und das "Nachfließen" der hinteren AktivistInnen bei den ersten beiden Versuchen (anders als auf freiem Feld) zu langsam und nur gefährlich dicht vor der vorgelagerten, ersten Polizeikette möglich. 1000 Personen starke "Finger" waren unter diesen Umständen und mit den "vereinbarten Mitteln" nicht durchsetzungsstärker als 100 Personen.

... zur Wiedererlangung der Unberechenbarkeit

Zumindest ein "Finger" des Südens teilte sich in kleinere Gruppen (20 - 200 Personen) auf, zog sich weit ins Dickicht zurück und durchbrach an mehreren anderen Stellen dort weniger dicht aufgestellte Polizeiketten. Es wurde (dort tatsächlich) geringfügig geschottert, es wurden "Schienenschuhe" hinterlassen (große Metallklammern, die aus dem Schienenstrang herausgeflext werden müssen, um das Gleis befahrbar zu machen) und es wurden am Gleis aufgestellte Lichtmasten der Polizei unbrauchbar gemacht. Nicht unumstritten aber vollständig verletzungsfrei war der Einsatz von Schotter an einigen Stellen, um die nahende Polizei während des Agierens auf dem Gleis auf Distanz zu halten.

Es entstehen nun tatsächlich Lücken auf Seiten der Prügelbeamten außerhalb des für den archaischen und einseitigen "Schlagabtausch" vorbereiteten Waldstücks der beiden ersten Schotter-Anläufe: Eine eiligst benötigte Verstärkung in der Göhrde sollte mit vier Transporthubschraubern eingeflogen werden, hatte allerdings Schwierigkeiten, die zur Landung vorgesehene Gemarkung zu finden und verspätet sich erheblich. Letztendlich wurde die sehr geordnete und absehbare Konfiguration (4000 Menschen steuern in mehreren Fingern auf einen Ort zu) in die handelsübliche Unordnung der letzten Jahre überführt: Mini- und Maxi-Mobs, bewegen sich unkoordiniert mit unterschiedlichem Gepäck auf die Gelegenheit lauernd. Wir glauben, dass der monströse Polizeiapparat insbesondere unter Berücksichtigung der Bewegungshemmnisse (dieses Jahr extrem viele und effektive Blockaden der Bundesstraßen 216, 248 und 191) mit den vagabundierenden Feld- und Waldgruppen schlechter zurecht kommt.

Bei aller Hochachtung für die Entschlossenheit aller AkteurInnen des Schotterns; wer bei exzessivem Einsatz von Pfefferspray aus Löschern, abgeschossenen CS-Gasgranten und aggressiven Schlagstock-Orgien verantwortlich Freiräume für (auch materiell) effektive Sabotage schaffen will, kann nicht alleinig auf eine Strohsack bestückte "Schutzgruppe" setzen. Uns ist überhaupt nicht an einer "Aufrüstung" der Gegenwehr im militaristischen Sinne gelegen, im Gegenteil wir werben für ein tatsächlich flexibles Ausweichen und Vermeiden solcher Anordnungen und wollen mit diesen fast zu technischen Schilderungen der Ereignisse die Notwendigkeit für besonnenes und unkalkulierbares Handeln aufzeigen. Gemäß IL-Strategie handelt es sich hierbei um einen echten Widerspruch, der aus autonomer Sicht jedoch wichtige Voraussetzung politisch bestimmter Blokkade- und Sabotageaktionen ist. Der vermeintliche Widerspruch soll im folgenden aufgelöst werden.

gefährliche Selbstbeschränkung

Wir stellen nicht nur die Effektivität von vollständig kalkulierbaren Sabotageversuchen in Frage, wir behaupten sogar, dass mensch mit der rigiden Beschränkung der Mittel unnötigerweise ein ebenso kalkulierbares Risiko eingeht:

Eine angekündigte Sitzblockade versucht den politischen Preis für eine "unverhältnismäßig" gewaltsame Räumung möglichst hoch zu treiben, damit die Zeit für eine Räumung durch "gemäßigtes" Wegtragen möglichst groß ist. Aus der Erfahrung wissen wir, dass sich die Verhältnismäßigkeit polizeilichen Agierens eher über den Zeitdruck durch den heran nahenden Transport bestimmt. Nach der schlechten PR des Polizeieinsatzes in Stuttgart wäre der politische Preis eines knallharten Wasserwerfereinsatzes gegen die Sitzblockade bei Harlingen jedoch sehr hoch gewesen. Die Rechnung von Widersetzen mit einer erstklassigen Ortswahl (Gleisbett in 8 Meter tiefer Senke) ging diesmal auf.

Es ist allerdings für alle OrganisatorInnen absehbar gewesen, dass eine vergleichbare Bemessung des vermeintlichen "Schutzes" durch die Höhe des politischen Preises bei einer angekündigten Sabotage anders ausfallen muss. Das heißt aber auch, dass die Unberechenbarkeit der Aktion für die Polizei, die Flexibilität, die Unkontrolliertheit beim Schottern viel höher sein muss. Wir sollten die Erfahrungen der Disobedienti in Italien ernst nehmen. Massenkonzepte, die nachvollziehbar nach mehr "Transparenz" zur Mobilisierung suchen, dürfen diese Transparenz nicht in Richtung vollständiger Berechenbarkeit der Aktion treiben. Hierbei zielen wir gar nicht auf den Extremfall ab, bei dem die Widerstandsaktion zu einer beidseitig abgesprochenen Simulation verkommt.

Wer glaubt, durch "aktives Durchsetzen eines Aktionskonsens" unerwartetes und selbstbestimmtes Agieren wegzuregulieren, bewirkt nicht nur politische Spaltung, sondern beraubt sich mit diesem Korsett der





Möglichkeit, eine Dynamik zu erzeugen, in der sich überhaupt Sabotage-Freiräume ergeben könnten.

Das Problem etwaiger Gefährdung bei einer zu engen Wahl der Aktionsmittel ist nicht neu: Die Antifa-Gruppen (auch der IL) sollten die Warnhinweise aus ihren eigenen Reihen gegenüber einer dogmatisch-exklusiven Selbstbeschränkung der Mittel ernst nehmen. Die auf passives Sitzblockieren reduzierte Aktionsform bei den Blockaden am 13. Februar 2010 in Dresden führte ebenfalls zu einer eklatanten Gefährdung der SitzblockiererInnen, als sich eine große Gruppe Neonazis (ohne Polizeibegleitung) näherte. Nicht überall konnte Bundestagspräsident Thierse samt Presse- und Polizei-Aufgebot "Schutz" bieten. Die Möglichkeit militanten Agierens (hier zur Selbstverteidigung) ist kein Fetisch sondern eine mitunter notwendige Komponente verantwortlichen Handelns - eine Erkenntnis, die hoffentlich Berücksichtigung findet bei den aktuellen Planungen für das kommende Frühjahr!

immer erfolgreich

Bei dem Versuch, das Konzept des (erweiterten) zivilen Ungehorsams auf möglichst viele Widerstandsbereiche anzuwenden und sich dabei (unnötig) von sinnvollen militanten Konzepten abzugrenzen, tut sich eine Falle auf: der unbedingte Erfolgssprech, also die programmatische Anpassung von Erfolgskriterien.

Manche Auswertung der OrganisatorInnen auf Seiten der Interventionistischen Linken sieht auch in den ersten beiden, gescheiterten Schotterversuchen das "Binden von Polizeikräften" als "Erfolg". Dadurch wurde nämlich anderen Aktivitäten der Weg zur Schiene erleichtert (z.B. der in Ort und Zeit hervorragend gesetzten Widersetzen-Blockade, als auch den vielen kleinen "dritten Schotteranläufen"). Das ist immer richtig und im zeitlich dichten Zusammenspiel verschiedenster Widerstandsaktivitäten sogar ein ernst zu nehmender Faktor. Die Bewertungskriterien für einen solchen "Erfolg" erscheinen uns dennoch etwas fahrlässig. Ist der Preis (900 Verletzte) der beiden ersten, statischen Konfrontationen mit der Polizei am Gleis gemessen an dessen Wirkung nicht eindeutig zu hoch? Kann es sein, dass hier (zähneknirschend) erfolgreich ist, was erfolgreich sein soll? In diesem Sinne halten wir den unbändigen Erfolgssprech, der bei einigen IL-StrategInnen ein bedenkliches Ausmaß annimmt: "Wir können uns kein Scheitern erlauben", für gefährlich.

die wilde Mischung machts

In den letzten Jahren hat sich keiner der Akteure in der Anti-Atom-Bewegung sonderlich um eine Auf-/Abwertung von Ansätzen zivilen Ungehorsams einerseits und militanten Aktionskonzepten andererseits bemüht. Im Gegenteil, es ist von Bedeutung und es macht die spezifische Qualität des Wendland-Widerstands aus, die unterschiedlichen Ansätze als integralen Bestandteil des Gesamtwiderstands zu sehen. Unterschiedlichkeit wird somit nicht nur erduldet sondern als effektive Vielfalt begriffen und über die Unberechenbarkeit sinnvoll genutzt. Ziviler Ungehorsam und Sabotage werden schon lange (vermutlich unabgesprochen) nebeneinander und miteinander praktiziert. In mehreren Sitzblokkaden wurden auch in diesem Jahr die bereits erwähnten Schienenschuhe zur Sabotage eines Gleisstrangs angebracht. 2008 z.B. wurde in der mixed Disziplin deutlicher "gepunktet". Sitzen, schottern, Gleise verbiegen - alles an einem Fleck.

Vermutlich finden die meisten von uns Treckerblockaden oder Schafherden, die auf Bundesstraßen rasten, sympathischer und darüber vielleicht politisch weitreichender als Straßenblockaden durch ein brennendes Auto in Metzingen und durch zahlreiche brennende Riesen-Heuballen im Landkreis. Und dennoch arbeitet niemand auf eine Widerstands-Monokultur hin, in dem vermeintlichen Wissen um die effektivste Widerstandsform - das ist gut so und das sollte so bleiben. Auf den diesjährigen Auftaktplenen der Camps verkünden OrganisatorInnen der Sitzblockade Widersetzen, dass sie "im Herzen ebenfalls Schotterer" sind. Mensch betont explizit die Vielfalt des Widerstands und negiert vermessene Ansprüche, andere Aktivitäten öffentlich zu bewerten. Im Wendland distanziert mensch sich nicht mehr von Widerstandshandlungen anderer Gruppen, selbst wenn mensch die Form nach eigenem Verständnis für nicht angebracht hält.

unnötiges Distanzierungsgehabe

Geht es uns nicht lediglich um den Mobilisierungserfolg einer einmaligen Aktion, sondern auch darum, die Vielfalt von Widerstand sagbarer und damit auch denkbarer zu machen, ist es fraglich, ob wir das schaffen, wenn wir in der Sprache der Spaltung sprechen. Die Kategorien des friedlichen Protests versus militanten Widerstands sind Herrschaftsrhetorik, die auf Spaltung und Integration einerseits und Kriminalisierung andererseits zielt. Die eigene eingreifende Aktionsform rhetorisch von militantem Widerstands abzugrenzen und als "friedlich" zu labeln, mag (geht es um Akzeptanz) verlockend sein. Die Dichotomie friedlich (symbolisch) /militant (eingreifend) wird allerdings dadurch nicht nur nicht aufgebrochen, sondern bedient. Auf lange Sicht hilft das linksradikaler Politik und deren Inhalten nicht weiter. Hier müssen wir vielmehr jenseits dieser Kategorien die Notwendigkeit von Widerstand in seinen verschiedensten Formen offensiv vertreten.

Der Castor-Widerstand der letzten Jahre reagierte gelassen oder (un-)heimlich erfreut, wenn im Wendland ein leerer Neubau von Polizeiunterkünften abbrennt, eine Bahnbrücke der Castor-Transportstrecke sabotiert wird, Transport-Straßen oder -Schienen von unterirdisch verlegten Wasserleitungen unterspült werden oder Hakenkrallen und sabotierte Signalanlagen den Betrieb der Bahn (als durchführendes Logistik-Unternehmen des Castor-Transports) bundesweit stören. Es ist daher befremdlich und unnötig, dass sich Christoph Kleine (IL) in Sprecherfunktion für die Kampagne Schottern gegenüber der Presse von einer vermittelten, militanten Vorfeldaktion am 1. November distanziert, bei der die Berliner S-Bahn (als DB-Tochter) und das Telefonnetz der DB-Zentrale empfindlich getroffen wurde. Ein solches Verhalten schadet der eigenen Anschlussfähigkeit an den über 30 Jahre entwickelten Wendland-Widerstand. Das Bewusstsein der Anti-Atom-Bewegung ist da glücklicherweise weiter fortgeschritten als das einiger QuereinsteigerInnen.

einige autonome Zusammenhänge



No-IMK ein Rückblick

Antira Demo

Am 13.11.2010 fand ab 14.00 Uhr eine kraftvolle antirassistische Demo im Rahmen der NO-IMK-Aktionswoche statt. Mehr als 1.000 Menschen trugen ihren Protest gegen den rassistischen Normalzustand unter dem Motto "Freedom of movement is everybody's right!" auf die Straßen des stark migrantisch geprägten St. Georg.

In mehreren Redebeiträgen wurde auf die rassistische Politik gegenüber Migrant_innen aufmerksam gemacht. Ein Aufruf er Gruppe Kein Mensch Ist Illegal wurde in deutsch und Farsi verlesen. Es wurde über die Situation der Flüchtlinge im Lager Horst berichtet, wo sie völlig isoliert sind und ihnen jede Möglichkeit genommen wird, deutsch zu lernen. Die anstehenden Prozesse gegen somalische Piraten wurden ebenso thematisiert wie die Abschiebepolitik der BRD.
Das Motto des Fronttransparents ‚Freedom of Movement' konnte leider weder für die Flüchtlinge noch für die Demo-Teilnehmer_innen verwirklicht werden: die Demo wurde - entgegen anderslautender Versprechungen - eng von Polizei begleitet. Direkt vor der Demo lief eine Hundertschaft und es filmte ein Observationsfahrzeug. Mehrere Wasserwerfer standen einsatzbereit entlang des Weges. Die Demonstration wurde ohne jeden Grund zur Gefahr erklärt.
Am Hauptbahnhof beschloss dann das Demoteam, die Demonstration vorzeitig aufzulösen, da sie fortwährend von den Cops begleitet und gefilmt wurden. Offensichtlich überrascht, dass wir uns nicht weiter das Demonstrationsrecht stehlen ließen und stattdessen die Demo auflösten, konnten die Cops die TeilnehmerInnen nicht darin hindern, dorthin zu gehen wo sie wollten: In die Hamburger Innenstadt.



Jump and Run

Kurz danach schwärmten hunderte zu Jump-And-Run in die Innenstadt ein: Klein und Kleinstgruppen, die sich je nach Bedarf mal zusammenschlossen, mal trennten und das Anliegen der Demo in die Mönckebergstraße trugen. Verwunderte Passanten wurden urplötzlich mit Parolen wie ‚Bleiberecht für alle jetzt sofort' beim Shoppen konfrontiert.
Sämtliche Themen der IMK wurden in die Innenstadt getragen: eine Reiterstaffel (Monty Python Style) lief zu Fuß die Mönkkebergstr entlanglief und machte Hufgeräusche mit Kokosnüssen. Andere waren als Waaserwerfer verkleidet.
Die Polizei war sichtlich mit dem Konzept überfordert, liefen mal hierhin, mal dorthin und trugen ihren Teil zur Verwirrung der Einkaufenden bei.

Antirepressionsdemo

Gegen 18 Uhr startete dann von der Innenstadt eine Demo in Richtung Sternschanze. Noch bevor es losging erhielt die Demo Unterstützung der St-Pauli-Ultras. Diese hatte sich nach dem St. Pauli Spiel gesammelt und sich mit ihrem Fronttranspi "Bis hierhin lief alles gut" geschlossen auf den Weg gemacht. Wider erwartens kamen sie auch tatsächlich pünktlich zu Demostart an. Mit ca. 3000 Menschen gings schließlich los Richtung Schanze.
Begleitet von einem überdimensioniertem Polizeiaufgebot wurde die Demo aufgrund überlanger Seitentranspis immer wieder aufgestoppt was zu kleineren Rangeleien führte. Schlußendlich wurde auch diese Demo noch vor offiziellem Ende wegen der andauernden Nervereien seitens der Bullen vorzeitig aufgelöst. Im Anschluß kam es zu kleineren Auseinandersetzungen und einigen Sachenschäden in Ottensen.

Aktionswoche

15.11.: antirepressiver Stadteilrundgang



Ausgehend von der These, dass Repression und Gentrifizierung unmittelbar miteinander verknüpft sind sammelten sich ca. 200 Leute abends vor der roten Flora. An unterschiedlichen Punkten im Schanzenviertel sollte exemplarisch die Wandlung und Umstrukturierung des Viertels sichtbar gemacht werden, statt nur Theorien darüber zu verfassen.
Allerdings wurde auch diese Aktion von ein Großaufgebot der Staatsgewalt nahezu verunmöglicht. Viele der vorgesehenen Orte wurden weiträumig abgeschirmt sodaß die Redebeiträge in großer Entfernung zum eigentlichen Objekt stattfinden mussten.

17.11.: I love Bleiberecht Demo
Die Demo von Jugend ohne Grenzen (JOG) wurde von ca. 3000 Menschen besucht. Auch hier wieder das gleiche Bild: Ein großes Bullenaufgebot das ordentlich Spalier gelaufen ist. Doch die Demo war trotzdem laut und kraftvoll und ließ sich nicht einschüchtern!

18.11.: Cross the city
An der Schnitzeljagd quer durch die Stadt beteiligten sich ca. 70 Leute. Vom Knallhart gings los, bewaffnet mit Regenschirmen gegen Regen, Kameras und unliebsamen Beobachter_innen.

Erste Station war der Kriegsklotz neben einem Redebeitrag wurde diese mit Plakaten geschmückt.

Weiter gings zur Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). Dieser sollte ein Besuch abgestattet werden weil sich Joachim Lenders dies so sehr wünschte: Nach dem Angriff auf die Lerchenwache Dezember 2009 hatte dieser dazu aufgerufen Lichterketten als Zeichen der Solidarität gegenüber der Polizei zu organisieren. Passiert ist aber nix. Das wurde nun, ein Jahr später nachgeholt: Alle nahmen eine Kerze in die Hand und stimmten gemeinsam ein wohlbekannte Lied von Slime an.

Im Anschluß griffen sich die Cops zwei Leute heraus denen Sie "Plakatieren" zum Vorwurf machten, dann aber zurückruderten und ihre Irrtum zugaben.

Beider nächsten Station, dem Verfassungsschutz am Johanniswall 4, sollten dann die Regenschirme zum Einsatz kommen, doch



aufgrund der massiven Bullenpräsenz musste diese Station leider ausfallen - es gab trotzdem Personalienfestellungen und Platzverweise

Die Zentralen Ausländerbehörde, Amsinkkstraße 28, war nächster geplanter Stopp. Allerdings auch hier zuviel grünes Aufgebot und somit fiel auch diese Punkt aus.

Aber einen gab es noch! Obwohl keine Zettel mehr verteilt wurden fanden sich immer noch ca. 60 City-Crosser_innen vor dem Polizeikommissariat 11 am Steindamm 82 ein.
Nach der dem Angriff auf die Lerchenwache im Dezember 2009 hatte Alhaus gejammert, dass den vom vermeintlichen Mordangriff gebeutelten Beamten doch mal Kuchen vorbeigebracht werden solle. Wie gewünscht so geschehen.

Hier waren wir also mit unserem Kuchen für unsere leidgeprüften Freunde und Helfer, Alhaus hat es so gewollt!

Damit sie den Kuchen auch annehmen und sich nicht einfach nach hinten rausschleichen, befand sich ein Fahrradschloss am hinteren Tor. (Zur Erinnerung: Wie die Cops selber behaupten war im Rahmen des Angriffs auf die Lerchenwache ein Fahrradschloss angebracht worden um die Beamt_innen in der vermeintlich brennenden Wache einzusperren - nun also um sie zu mästen?)
Auf ihren Helmen wollten diese die Kuchenstücke allerdings gar nicht haben und essen wollten sie sie auch nicht, weil sie die Sahnetorte mit Müll verwechselten.
Stattdessen brachten die Cops ihre Abneigung gegen Kuchen in ihrer Standard-Kommunikationsform zum Ausdruck; Zwei Leute wurden in die Wache verschleppt und personenkontrolliert während die herbeigeeilte BFE (Beweis und Festnahme Einheiten) Tonfaschläge für das geeignete Mittel hielt.

Insgesamt lässt sich sagen:

Wir hatten viel Spaß! Das Konzept hat super funktioniert. Auch nachdem keine Zettel mehr verteilt wurden und zwei Aktionsorte ausfielen, fanden die meisten zum nächsten Treffpunkt.
Die Cops hingegen waren schwer irritiert und genervt, weil sie nicht wussten was wir vorhaben. ("Wo laufen sie denn?")
Bemerkenswert fanden wir den massigen Einsatz von penetranten Zivis, die zum Teil Kleingruppen und Einzelpersonen verfolgten. Auch der Staatsschutz ließ sich blicken.
Es gab einige Personalienabgaben.

Abschiebeminister 2010

Am 18.11.2010 kürten Jugendliche im Rahmen eines Gala-Abends im Polittbüro den Bundesinnenminister zum inhumansten Innenminister des Jahres. Den Negativpreis "Abschiebeminister 2010" erhält de Maizière für seine Politik der Abschiebungen nach Griechenland. Mit 98 Stimmen setzte sich de Maizière deutlich gegen den Innenminister von Niedersachsen Uwe Schünemann (58 Stimmen) und den bayrischen Innenminister Joachim Hermann (42 Stimmen) durch.
"Obwohl Flüchtlinge in Griechenland keine Chance auf Asyl haben, auf der Straße leben müssen und illegal in die Türkei abgeschoben werden, lässt de Maizière weiter abschieben, darum hat er die Wahl verdient gewonnen", erklärt Newroz Duman von "Jugendliche Ohne Grenzen".



Rote Flora im Januar

Demnächst unter
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/termine.html



Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007)
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr